

**seduta n. 99 del 19 settembre 1996**

**Vorsitz: Präsident Peterlini**  
**Presidenza del Presidente Peterlini**

ore 10.13

**PRÄSIDENT**: Ich bitte die Abgeordneten Platz zu nehmen.  
Die Sitzung ist eröffnet. Wir beginnen mit dem Namensaufruf.

**DENICOLO'**: (Sekretär):(ruft die Namen auf)  
(segretario):(fa l'appello nominale)

**PRÄSIDENT**: Entschuldigt haben sich für die heutige Sitzung die Abg. Kofler, Andreotti und Hosp.

**PRÄSIDENT**: Ich bitte um die Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung.

**DENICOLO'**: (Sekretär):(verliest das Protokoll)  
(segretario):(legge il processo verbale)

**PRÄSIDENT**: Sind Einwände zum Protokoll? Ich sehe keine, somit gilt es als genehmigt.

**PRÄSIDENT**: Mitteilungen haben wir heute keine.

Jetzt bitte ich einen Moment um Aufmerksamkeit. Ich muß Sie kurz über die gestrige Sitzung der Fraktionsvorsitzenden und über das weitere Prozedere informieren. Sie wissen, daß die Vorgangsweise sehr umstritten ist und daß wir vor folgenden zwei Standpunkten und Alternativen stehen: einmal ist der nächste Punkt der Tagesordnung der Antrag von den Kollegen Atz, Giordani und anderen zur Änderung einiger Artikel der Geschäftsordnung sowie ein entsprechender Ersetzungsantrag, der in den letzten Wochen vorgelegt worden ist. Der Abg. Atz verweist darauf, daß er seit eineinhalb Jahren auf die Behandlung seiner Vorschläge wartet und besteht darauf, daß sie auch behandelt werden.

Zum zweiten: die andere Haltung, hauptsächlich vertreten von den Minderheitenparteien im Regionalrat, ist die, daß man sei es mit rechtlichen als auch mit politischen Argumenten nicht einverstanden ist, diese Behandlung vorzunehmen. Wir haben gestern in der Fraktionssprechersitzung diese beiden Standpunkte diskutiert und ich habe auch versucht, einen Kompromißvorschlag zu bringen, den ich erneut dem Plenum vorlegen werde. Ich muß sagen, es war nicht leicht und ich bitte wirklich alle Abgeordneten zu berücksichtigen, daß ich mich um einen ausgewogenen Standpunkt bemühe, der weder, wie es all zu leichtfertig gesagt werden könnte, einfach den Standpunkt der Mehrheit vertritt noch den der Minderheit, sondern ich versuche im

Rahmen der Geschäftsordnung und meiner politischen Aufgabe einen Konsens zu finden. Möglicherweise stellt er beide Seiten nicht zufrieden, aber er wird meinem Auftrag gerecht. Ich habe auch gebeten, daß man rechtlich die Argumente durchleuchtet, die diesbezüglich über die Behandlung oder Nichtbehandlung aufgeworfen worden sind und da sind drei Punkte zu nennen: rechtlich und verfahrensmäßig hatte man Einwände gegen den Vorschlag des Kollegen Atz und gegen die Behandlung, da gesagt wurde, daß der Ersetzungsantrag vom Regionalrat abgelehnt worden sei und es somit keinen Antrag mehr gäbe, weil der Abg. Atz ihn selbst ersetzt hat und der sei abgelehnt worden. Zum zweiten: die jetzt vorliegende Abänderung gehe weit über den Text, die ursprüngliche Formulierung des Abänderungsantrages, der durch die Kommission gegangen ist, hinaus und müßte deshalb in der Kommission erneut behandelt werden und zum dritten liegt verfahrenstechnisch vor, daß der Abg. Palermo im Falle einer Behandlung der Anträge Atz, wie er vorher über verschiedene Personen angekündigt hat, einige Tausend Anträge zur Einfügung in die Tagesordnung vorlegen wird.

Zu diesen drei Punkten möchte ich mir vorbehalten, ein vertieftes Rechtsgutachten zu bringen und ich habe unsere Juristen auch schon beauftragt, auch im Kontakt mit einem bekannten Verfahrensjuristen des Parlamentes ein entsprechendes Gutachten auszuarbeiten. Heute kann ich diesbezüglich keine endgültige Lösung sagen, ich möchte nur sagen, daß zum Punkt 1 dieser Einwand, ein Ersatzantrag lösche den ursprünglichen Antrag aus, beim derzeitigen Stand der Dinge ein komplettes Novum darstellen würde, weil bisher immer, wenn ein Ersatzantrag abgelehnt wurde, man auf den ursprünglichen Antrag zurückgekommen ist. Zum zweiten, daß die Abänderung, die Kollege Atz zu seinem eigenen Antrag vorgeschlagen hat, über den ursprünglichen Antrag hinausgehe. Auch diesbezüglich hat man bisher - ich sage nur, was bisher gemacht worden ist - niemals geprüft, inwieweit eine Abänderung mehr oder weniger den Inhalt des ursprünglichen Antrag ersetze. Deshalb wäre eine Rückverweisung an die Kommission notwendig. Aber diese beiden Punkte sollen eindeutig seitens der Juristen geprüft und geklärt werden.

Drittens: eindeutig ist sicherlich der Punkt des Verfahrens, daß wenn Anträge zur Tagesordnung kommen, wie sie der Abg. Palermo eingereicht hat, daß diese Anträge Vorrang haben, genauso wie die Wortmeldungen zur Tagesordnung gegenüber anderen Vorrang haben und somit feststeht, daß wenn wir auf diese Konfrontation einsteigen, im Regionalrat der totale Krieg herrscht - erlauben Sie mir diesen scharfen Ausdruck, wenn auch nicht mit Bomben, aber zumindest dann mit Worten - und wir in der Arbeit überhaupt nicht mehr weiterkommen, weil damit totaler Obstruktionismus zum Tragen kommt und weder der eine noch der andere Punkt zum Ausdruck kommt.

Ich schlage deshalb folgendes vor: erstens, daß man mir Gelegenheit und Zeit gibt, rechtlich die aufgeworfenen Fragen zu prüfen.

Zweitens wünsche ich mir eine Lösung zur Geschäftsordnung, die möglichst einvernehmlich vorgetragen wird. Sie wird niemals den Konsens aller finden, aber daß sie doch aus der Einsicht geboren und vorangetragen wird, daß es einen Konsens in einer so wichtigen Frage braucht und daß deshalb alle mit gutem Willen mitarbeiten sollen. Ich erinnere daran, daß ursprünglich der Vorschlag Atz das Mißtrauensvotum

beinhaltet hat und das ist ja nicht mehr der Fall und daß damals fast alle Fraktionssprecher gesagt haben, eine Revision der Geschäftsordnung braucht es mit anderen Instrumenten. Neben diesen anderen Instrumenten und entsprechenden Vorschlägen ersuche ich auch um das Bemühen um eine Lösung. Es hat keinen Sinn, daß man den Abg. Atz auf die Warteliste setzt, um dann überhaupt nichts zu tun. Das Bemühen sollte schon sein, eine Lösung zu finden.

Drittens: Das Präsidium hat eine Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz des Abg. Divina eingesetzt gehabt, die einen Vorschlag ins Fraktionssprecherkollegium gebracht hat. Diese Arbeitsgruppe fungiert in diesem Falle als Geschäftsordnungskommission. Ich habe - und das ist der dritte Teil - nicht nur mündlich, sondern in der Zwischenzeit auch schriftlich den Abg. Divina mit der vollen Delegation ausgestattet, damit diese Kommission rechtskräftig weiterarbeiten kann und ich ersuche den Abg. Divina und die Mitglieder dieser Kommission, also die Fraktionsvorsitzenden, möglichst innerhalb der nächsten Sitzung und - wenn nicht möglich - der übernächsten Sitzung endgültig die Arbeiten der Geschäftsordnungskommission in einer Revision, wie sie bereits in Angriff genommen worden ist, fortzusetzen und bis dahin abzuschließen, sodaß sich der Regionalrat mit diesem Vorschlag befassen kann, zu dem ich ersuche, daß alle, auch die Minderheitenvertreter, mitwirken mögen. Damit wir aber heute herauskommen, auch weil ich die Rechtsgutachten noch nicht habe und weil ich damit auch die Stimmung ein bißchen entspannen möchte, schlage ich vor, entsprechend dem Vorschlag, den gestern Ausschußpräsident Grandi im Fraktionssprecherkollegium gemacht hat, die Punkte 61 und 70 der Tagesordnung vorzuziehen. Dabei handelt es sich beim Punkt Nr. 61 um den Begehrensgesetzentwurf Nr. 1 gemäß Artikel 35 des Autonomiestatutes: Förderung der ladinischen und deutschsprachigen Minderheiten im Trentino (eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Peterlini, Tretter, Brugger, Frasnelli, Pahl und Andreotti). Mir scheint es auch optisch recht gut zu sein, daß wir im Anschluß an die Gedenkfeiern zum Pariser Vertrag ein Zeichen setzen, daß die Fersentaler, die Luserner und die Ladinier diese Aufwertung erfahren. Das ist ein parlamentarischer Gesetzentwurf, der dann mit Unterstützung der Parlamentarier auch in Rom weiterbetrieben werden soll. Dann den Punkt Nr. 70: Gesetzentwurf Nr. 64: Änderungen zum Regionalgesetz vom 30.5.1993, Nr. 11 betreffend "Initiativen von Völkern der Nicht-EG-Länder, die von Kriegen oder Katastrophen betroffen sind oder die sich in besonders schwierigen Verhältnissen befinden (eingebracht vom Regionalausschuß). Also ein komplett sozialpolitisches Gesetz.

Das ist mein Vorschlag und ich möchte über den Gesamtvorschlag die Zustimmung, d.h. sei es zum Verfahren als auch zum Auftrag an die Geschäftsordnungskommission und zum Juristenauftrag usw.

Frau Abg. Klotz, bitte.

**KLOTZ:** Ganz kurz zur Geschäftsordnung und im Zusammenhang mit der Geschäftsordnung: Ihre Äußerung, es stelle ein Novum dar, daß eben, wenn ein Ersetzungsantrag abgelehnt worden ist, nicht mehr die ursprüngliche Fassung gelte, soll im Protokoll festgehalten werden.

Kolleginnen und Kollegen! Ich ersuche einen Augenblick um Aufmerksamkeit. Die Beschlußfassungsvorschläge haben wir immer wie Begehrens- und Beschlußanträge behandelt, stimmt das? Dieselbe Prozedur für Beschlußfassungsvorschläge gilt für die Begehrensanträge, und die Begehrensanträge werden gemäß Art. 82 wie Beschlußanträge gemäß Art. 116 der Geschäftsordnung behandelt. Nun ist es doch üblich, wenn ein Beschlußantrag, ein Begehrensantrag oder ein Beschlußfassungsvorschlag durch einen neuen im Einverständnis mit dem Einbringer ersetzt wird - sonst ist es nicht möglich - also der beschließende Teil ersetzt wird, dann bedeutet das bei einem Beschlußantrag, einem Begehrensantrag und bei einem Beschlußfassungsvorschlag, daß der andere Text nicht mehr existiert. Das ist doch immer so gehandhabt worden. Also ein Beschlußfassungsvorschlag wird nie und nimmer wie ein Gesetzentwurf behandelt. Das heißt, im Einverständnis mit dem Einbringer und ich ersuche Sie, Herr Präsident, diese Punkte der Geschäftsordnung den Juristen auch aufzuzeichnen. Infolgedessen ist nach dieser Geschäftsordnungspraxis hier kein anderer beschließender Teil mehr vorhanden. Ich ersuche nur, darauf ganz klar hinzuweisen, damit wir hier tatsächlich keine Präzedenzfälle schaffen und damit wir hier über diesen Punkt Klarheit haben. Danke, Herr Präsident!

**PRÄSIDENT:** Danke, Frau Abg. Klotz. Ich habe das notiert und das wird Teil der Untersuchung werden, die laut Punkt 1 von meinen Vorschlägen den Juristen vorgelegt wird.

Weitere Wortmeldungen? Bitte, Abg. Palermo.

**PALERMO:** Signor Presidente non intendo certo riprendere tutti gli argomenti di ieri, in quanto non è di quello che credo dobbiamo discutere in questi pochissimi minuti. Mi pare semplicemente di dover riprendere un attimo le sue dichiarazioni in quanto attraverso di esse lei ci ha proposto un quesito relativamente ad una sua modalità di condotta, intenderebbe iniziare ad intraprendere per cercare di risolvere la questione. Dico la verità, che a mio parere l'art. 2 del regolamento attribuisce al Presidente del Consiglio l'osservanza del regolamento, lo attribuisce come potere e dovere. Questo è un potere insito nella delega e deriva dalla nomina. Ritengo certamente che il Presidente del Consiglio possa debitamente consultarsi con i propri funzionari ed ascoltare anche pareri all'esterno, però certamente signor Presidente non mi pare corretto ufficializzarla, cioè conferire a questo tipo di richiesta all'esterno un carattere di ufficialità in quanto, a mio parere, vuol dire far sì che dalle funzioni del Presidente escano invece quelle che dovrebbero essere specifiche responsabilità proprie, cioè se spetta a lei fare osservare il regolamento. Non perché la questione è delicata e comporta determinate conflittualità si può delegare ad un altro soggetto la risoluzione di un problema che attiene al regolamento come anche normalmente avviene quando vi è una rilevante eccezione sull'interpretazione del regolamento è sempre la Commissione del regolamento quella che poi dovrebbe fornire, dare una corretta interpretazione. Ritengo quindi che lei possa senz'altro avvalersi e richiedere determinati pareri senza che però ciò tolga la sua propria responsabilità. Non vorrei che poi si dica: "ma l'ha detto il professore X e quindi

io faccio così". Noi abbiamo nominato il Presidente del Consiglio ed è lei, quindi in queste funzioni ha il compito di far osservare il regolamento e la questione che abbiamo posto è semplicemente quella di dire: "oggi si propone la modifica di sei articoli del regolamento e la soppressione di due; la Commissione per il regolamento li ha esaminati. Il regolamento prevede il preventivo necessario esame della Commissione. Il problema è molto semplice e quindi io aderisco alla sua iniziativa, che peraltro ha anche costituito oggetto ieri di una risoluzione in un certo qual modo transitiva, di differire la trattazione del quarto punto all'ordine del giorno tramite la anticipazione di altri punti. Nel frattempo la Commissione per il regolamento dovrebbe attivarsi immediatamente e trovare il tempo di esaminare le varie proposte per portarle all'aula così come è prescritto dal rispettivo art. 24.

**PRÄSIDENT**: Danke, Abg. Palermo, natürlich haben Sie recht. Ich nehme auch die Verantwortung auf mich, das ist überhaupt keine Frage. Was den Punkt 1, meines Vorschlages der Juristen, betrifft, sollen diese eine doppelte Aufgabe haben. Erstens natürlich die Frage vertiefen und zweitens soll ihre Beauftragung ein Beweis dafür sein, daß ich jetzt nicht einfach oberflächlich ein Urteil fällen will, sondern nach entsprechender Prüfung und Ausleuchtung aller hier aufgeworfenen rechtlichen Fragen, die ja neu sind, vorgehen möchte. Weil wenn ich nur auf die Praxis verweise, dann wäre ein Weg zu gehen, der vielen nicht paßt. Man hat gesagt, in der Frage der Geschäftsordnung könnte man nicht auf die Praxis verweisen, sondern man müßte doch, nachdem es eine so bedeutungsvolle Frage ist, den rechtlichen Weg noch einmal ausleuchten lassen. Ich möchte mich da überhaupt vor keiner Entscheidung drücken, sondern nur unterstreichen, wie wichtig mir eine rechtliche Untersuchung und eine entsprechend objektive Entscheidung in dieser Frage ist. Das war der erste Punkt, zu dem Sie Stellung genommen haben.

Aber zu meinem ganzen Paket gehört ja auch, daß man zweitens möglichst nach einem einvernehmlichen Weg sucht. Drittens, daß diese Kommission mit aller Autorität ausgestattet und mit Terminen versehen weiterarbeitet und viertens, daß wir dann diese Punkte der Tagesordnung, wie ich sie vorgeschlagen habe, behandeln.

Bitte, Abg. Divina.

**DIVINA**: Presidente, volevo parlare sull'ordine dei lavori. Ho presentato questa mattina una richiesta di inserimento di un nuovo punto e non appena lei lo formulerà all'aula chiederò che venga discusso con precedenza su tutti gli altri punti, perché riteniamo che quanto successo oggi e ieri in questo paese che si reputa un paese democratico, dove noi tutti colleghi quali rappresentanti del popolo vediamo da parte delle forze dell'ordine il mancato rispetto nei confronti di rappresentanti del popolo, dopo di che con quella che è stata ricordata da tutti una grande lotta di liberazione di questo paese e mi riferisco alla resistenza si sono poste delle pietre miliari dove per evitare abusi futuri e possibilità di discriminazioni politiche si sono fissati dei canoni nella Costituzione, della intangibilità del domicilio, nonché dell'integrità fisica di un parlamentare, nella sua qualità di rappresentante del popolo; avendo visto violare questi principi costituzionali dalle

autorità di polizia di questo stato italiano, noi come rappresentanti del popolo chiediamo un atto a tutti i rappresentanti del popolo del Trentino - Alto Adige, che manifestino sdegno e contrarietà assoluta a questo modo di agire delle autorità di polizia di questo paese. Chiediamo la massima urgenza per trattare un piccolo e brevissimo documento steso questa mattina con la fretta che voi potete immaginare, che gli eventi hanno provocato, ma un segnale noi crediamo che questo Consiglio lo debba dare immediatamente.

**PRÄSIDENT**: Mit anderen Worten, Abg. Divina, möchten Sie, daß zusätzlich in die Tagesordnung auch dieser Beschlußfassungsvorschlag, den Sie vorgelegt haben, aufgenommen wird. Damit kommt das auch noch zur Abstimmung.

Der Abg. Atz hat das Wort.

**ATZ**: Danke, Herr Präsident! Der Wunsch des Präsidenten, der da die Kommission unter Vorsitz des Kollegen Divina irgendwo sanktioniert haben möchte, möchte ich im Namen der Südtiroler Volkspartei sagen, daß uns das selbstverständlich gut geht. Wichtig ist, daß diese Kommission relativ rasch und effizient weiterarbeitet - das zum einen.

Zum anderen lassen Sie mich jetzt in der Aula wieder einmal kurz die Geschichte dieser Geschäftsordnungsänderung erzählen. Die Geschäftsordnungsänderung - nicht ich alleine habe sie eingebracht, es heißt immer der Atz, aber es waren auch die drei Fraktionssprecher der damaligen Mehrheitsparteien, nur um das einmal abzuklären - ist im April 1994 eingebracht worden. Sie haben also verstanden, daß sie jetzt über zweieinhalb Jahre aufliegt. Sie ist nie behandelt worden. Die zuständige Kommission hat diesen Antrag immer so links liegen gelassen, nie ernst genommen, keine Abänderungsanträge gemacht, jedes Mal, wenn er zur Sprache gekommen ist, dann hat es geheißen, dem stimmen wir sowieso nicht zu und da reden wir überhaupt nicht davon. Jedenfalls ist er drei Mal in der Kommission behandelt worden, noch unter Präsident Tretter. Abänderungsanträge waren keine und somit ist automatisch dieses Thema und dieses Papier in die Aula gekommen. Wie dieses Papier dann in die Aula kommt, hat das große Wehgeschrei angefangen. Dann auf einmal hat jeder dieses Thema für sich gefunden und entdeckt und jeder hat mit anderen Mitteln angefangen, dagegen zu schießen, der eine hat Obstruktion angekündigt und der andere mit anderen Mitteln usw. Jetzt tut man so, wie wenn ich weiß nicht welcher Weltuntergang da wäre, weil wir dieses Thema behandeln müssen. Und in der Folge ist es dann eingefallen, zu sagen: ja aber da sollten wir die ganze Geschäftsordnung überarbeiten und nicht nur diese wenigen wichtigen zwei, drei Punkten, sondern wenn schon, dann die ganze Geschäftsordnung. Was ist dann passiert? Mit dieser Ausrede, - man hat nachträglich eine Kommission einberufen, die die gesamte Geschäftsordnung zu ändern hat - fängt man jetzt an zu sagen: ja, aber dieses ursprünglich eingebrachte Thema von Atz und anderen muß jetzt in diese Kommission, muß im gesamten Kontext gesehen werden. Ich sage Ihnen: auf die Frage, ob es den Kollegen Fraktionsprechern, allen, einstimmig, ernst ist, daß wir hier effizient weiterarbeiten können, habe ich nie

eine eindeutige und einstimmige Antwort bekommen. Genau deshalb bin ich nicht der Meinung - und auch nicht bereit, diesen Antrag zurückzuziehen -, daß wir dieses Detailthema, das schon seit zweieinhalb Jahren aufliegt, jetzt in den großen Topf hineinwerfen, weil es Ihnen nicht um die Formalität geht. Wenn ich wüßte, daß es Ihnen um die Formalität ginge, dann wäre es mir total egal, wenn wir noch einmal zwei Monate warten würden. Das ist nicht mein Problem. Aber ich weiß, daß es Ihnen darum geht, die Gemeindewahlreform, die Bürgermeistergehälter und auch eventuell die Regionalwahlreform zu blockieren. Das sind die Themen und Sie wollen diese Geschäftsordnung nicht gewechselt haben, weil Sie dann die Möglichkeit haben, diese Blockaden durchzuführen und diese Gesetze zu blockieren. Jetzt ist Ende. Wir werden auch diese Änderung der Geschäftsordnung durchstehen. Aber einmal muß es sein, wenn wir von Effizienz reden wollen. Wenn der Kollege Palermo jetzt kommt und sagt: ja ich kann mit Tagesordnungen Obstruktionismus produzieren und ich kann ja mit Tagesordnungen alles blockieren, dann wird er morgen seinen Wählern nach vielen Monaten erklären müssen, warum er hier alles blockiert. Aber einmal müssen wir durch. Wir können uns doch nicht leisten, meine lieben Kollegen, daß jedem, gerade wie er am Morgen aufsteht, einfällt, Obstruktion zu machen. So kann es nicht sein, denn dem einen fällt es bei einem kleinen unwichtigen Gesetz ein, dem anderen fällt es ein, weil er bei einem Artikel nicht einverstanden ist und wieder dem anderen gefällt irgend etwas anderes nicht. Dann kommen da Tausende von Abänderungsanträgen - mit der heutigen Technik ist das kein Problem.

Deshalb bitte ich den Präsidenten, daß wir jetzt 10 Minuten unterbrechen, daß wir uns unter der Mehrheit kurz treffen. Es sollten uns 10-12 Minuten genügen, aber dann bitte ich wirklich, daß wir mit den Arbeiten fortfahren.

Zur Bitte des Kollegen Divina möchte ich sagen, daß wir unterbrechen und die paar Minuten ausnützen, daß wir uns auch innerhalb unserer Gruppe kurz beraten können.

**PRÄSIDENT**: Diesem Ansuchen um Unterbrechung werde ich natürlich stattgeben müssen, sobald die Redner vorher Stellung genommen haben. Ich verstehe die Ungeduld, die zum Ausdruck gebracht worden ist, Kollege Atz, aber trotzdem würde ich gerne in meinem Prozedere fortfahren und den Regionalrat entscheiden lassen. Wie dann die Entscheidung ausfällt, steht in der Kompetenz des Regionalrates. Aber ich möchte als Präsident diesen ausgleichenden Kompromißvorschlag doch weitertragen.

Die Abg. Zendron hat das Wort.

**ZENDRON**: Mi rivolgo a lei, perché abbiamo sentito ora nelle parole del capogruppo della SVP delle offese al Consiglio regionale e anche ai lavori di questa assemblea. Qui è stata descritta l'attività del Consiglio, la presentazione di emendamenti, l'attività dei consiglieri come se fosse una volontà di bloccare il lavoro, invece io vorrei anche raccontare la storia di questa proposta di Atz, che lo vede sempre più isolato in questo Consiglio e questo lo voglio dire perché è importante. Con un'opposizione di tutti i Capigruppo ha cercato di introdurre una novità nel regolamento, che costituisce

l'insieme delle regole e delle norme su cui avviene il lavoro parlamentare all'interno dell'assemblea. Ho cercato di fare un colpo di mano una volta, è stato bocciato in aula, non il testo che c'è lì, perché furbescamente aveva presentato l'emendamento, però il contenuto è quello e quindi non è che sia da due anni e mezzo che tale questione non viene posta; è stata posta e bocciata. Ora è stato compiuto un secondo elemento di irregolarità un accordo di Giunta sul regolamento, una cosa assolutamente anomala come potete immaginare, perché il regolamento del Consiglio non è della Giunta e ci viene proposto, legittimo che la Giunta prenda le sue decisioni insieme, però non può essere presentato come un emendamento alla proposta di Atz posta all'ordine del giorno da due anni, è una cosa assurda dal punto di vista procedurale.

Presidente, faccio appello a lei, perché è il garante del Consiglio e deve garantire il rispetto del lavoro dei consiglieri in quest'aula, è inaccettabile che si faccia uno stravolgimento degli avvenimenti, come quello che abbiamo sentito adesso. Abbiamo sentito accusare di mancanza di serietà, ma è un anno e mezzo che questo Consiglio fa fatica a lavorare, perché ogni volta che ci troviamo il primo giorno in Capigruppo ci viene proposta la questione della proposta Atz.

Ieri abbiamo discusso tre ore, abbiamo trovato una soluzione perché abbiamo fatto un appello al Presidente della Giunta, che cerchi di salvare il salvabile dei lavori di questa regione, almeno fino a quando esiste, perché fino quando i responsabili vengono pagati per mantenerla, non si può fare finta che non ci sia. Il Presidente della Giunta ha chiesto che vengano anticipati due punti ed è stato trovato un accordo, adesso si viene qui stamattina e ci viene detto che adesso vedrà la maggioranza e tutto viene rimesso in discussione!

Vorrei che venisse riconfermato che ieri pomeriggio abbiamo lavorato delle ore con un risultato e che oggi finalmente possiamo affrontare qualche punto dell'ordine del giorno e discutere sui contenuti, perché non è sostenibile che si permetta che i lavori di quest'aula vengano paralizzati, che il lavoro venga boicottato da una persona che continua a riproporre sempre pervicacemente, nonostante la bocciatura avvenuta sul regolamento, la stessa cosa.

Anche questo terzo appello che faccio a lei Presidente, la commissione per il regolamento è stata insediata proprio per risolvere questo problema, perché il problema posto trovava tutti d'accordo, c'è bisogno di una modifica del regolamento, su questo nessuno ha detto di non essere d'accordo; siamo tutti d'accordo, ha cominciato a lavorare sotto la direzione del consigliere Divina, abbiamo già fatto una parte di lavoro, dopo di che non è stata più convocata, ieri abbiamo deciso che verrà riconvocata e le verrà chiesto di accelerare, di dare dei risultati in tempi rapidi e tutti si sono dimostrati disponibili, al di là del fatto che poi magari non condivideranno certi contenuti o certi cambiamenti, però questa è la democrazia. Allora se siamo ancora in democrazia bisogna mantenere la parola data, non è possibile che ricominciamo, tutte le volte che ci vediamo, dopo averci dormito su, a ridiscutere daccapo sulle questioni.

Quindi la maggioranza si può riunire, o può fare i suoi conti, però per me e spero anche per lei Presidente, vale la decisione presa dai capigruppo ieri sera alle

18.15, dopo una riunione defatigante, che ci ha stancati moltissimo tutti, però siamo riusciti a trovare un modo per lavorare.

Chiedo che si lavori e chiedo sia rilevato il fatto che qualcuno continua a dire: non siamo seri ed i lavori vengono boicottati e rinfacciando gli altri e poi invece è proprio chi blocca i lavori di fatto.

**PRÄSIDENT**: Ich wiederhole, ich stehe zu meinem Vorschlag und werde ihn auch durchziehen. Ich möchte allerdings nicht Partei ergreifen, wer da recht hat, weil ich gesagt habe, daß das die Juristen ausleuchten werden. Der Abg. Atz sagt, ich möchte endlich, daß mein Vorschlag behandelt wird und Sie sagen, mit diesem Vorschlag blockieren Sie alles. Da steht Meinung gegen Meinung. Aber daß ich zu dem Vorschlag stehe, habe ich damit kundgetan, daß ich ihn mir selber zu eigen gemacht und hier vorgelegt habe.

Der Abg. Benedikter hat das Wort.

**BENEDIKTER**: Wir sind mit Deinem Vorschlag einverstanden und ich schließe mich dem an, was Kollegin Klotz und Zendron bereits gesagt haben, um es nicht zu wiederholen. Ich wollte zum Teil dasselbe sagen.

Aber ich fühle mich verpflichtet, auf jeden Fall auf diese Argumente vom Abg. Atz zu antworten. Wir haben da nämlich auf dieser Tagesordnung, die 76 Punkte umfaßt, einige Gesetze, die schon lange aufscheinen und wo ich fragen wollte: warum behandeln wir als Regionalrat nicht in erster Linie diese Gesetze? Denn da kann man sagen: der Regionalrat ist nicht imstande Gesetze zu verabschieden - ganz gleich, von wem sie kommen, aber in erster Linie müssen die Gesetze behandelt werden, wozu er ja da ist. Das wäre eigentlich ein Grund, den Regionalrat aufzulösen, wenn er nicht imstande ist, Gesetze zu behandeln. Aber warum ist z.B. das Gesetz Nr. 54 über die Direktwahl des Bürgermeisters nicht weiter behandelt worden? Nicht wegen der Opposition und dem Obstruktionismus. Warum? Weil dort die Mehrheit auf Vorschlag von Atz mehrere Artikel genehmigt hat, die Art. 61 des Autonomiestatutes widersprechen, nämlich daß Sitze in den Gemeinden nur vergeben werden dürfen, wenn man den Vollquotienten erreicht hat, wogegen bisher die Sitze, die übrig geblieben sind, nach Verteilung auf die Vollquotienten eben an die Gruppen mit den meisten Stimmen vergeben worden sind. Mit dem Vorschlag des Abg. Atz, der abgestimmt und mit knapper Mehrheit angenommen worden ist, würden in 16 Gemeinden Südtirols die Italiener den eigenen Sitz verlieren. Es war kein Wunder, daß gerade die Abstimmung über diesen Artikel dann nur in Südtirol dazu geführt hat, daß Frattini und Pasquali gesiegt haben und nicht andere. Deswegen hat man es dann liegengelassen. Der Präsident des Regionalausschusses hat erklärt, daß man das Gesetz liegen läßt, weil man genau weiß, daß man es rückverweisen würde und eigentlich ist man der Ansicht, das Beste wäre, es zurückzuziehen. Man kann es aber nicht sofort zurückziehen, sondern es muß einige Zeit vergehen - so ähnlich. Aber das Gesetz ist also deswegen liegen geblieben und wird nicht aus Schuld der Opposition nicht weiterbehandelt. Ich verstehe nicht, warum die anderen Gesetze, z.B. die Ordnung der Bezirksgemeinschaften, die

Amtszulagen für Gemeindeverwalter, warum diese bis jetzt nicht behandelt worden sind. Man kann nicht sagen, daß die Gesetze wegen Obstruktion nicht behandelt werden. Auch die anderen zwei Gesetze, die aufgrund eines Volksbegehrens eingebracht worden sind, sind nicht behandelt worden. Behandeln wir doch diese Gesetze, die schon lange auf der Tagesordnung sind und bei denen man bestimmt nicht behaupten kann, daß sie wegen der Obstruktion der Opposition nicht behandelt werden können. In erster Linie müssen wir doch Gesetze so oder so erledigen. Danke!

**PRÄSIDENT**: Ich nehme natürlicherweise nicht zur Schuldzuweisung Stellung, wer für was verantwortlich ist, sondern wenn keine weiteren Wortmeldungen mehr sind, dann gebe ich dem Ersuchen des Abg. Atz auf Unterbrechung der Sitzung statt. Ich würde sagen, wir machen um 11.30 Uhr weiter.

(Ore 11.08)

(Ore 12.00)

**PRÄSIDENT**: Wir beginnen wieder mit den Arbeiten, die wir auf Ansuchen des Abg. Atz unterbrochen haben.

Ich gebe dem Abg. Atz das Wort.

**ATZ**: Danke, Herr Präsident! Damit man sehen kann, daß niemand hier eine Gewalttour reiten will, hat die Mehrheit wieder einmal entschieden, die Möglichkeit zu geben, daß die Kommission versuchen soll, eine einvernehmliche - und das Wort einvernehmlich möge bitte unterstrichen werden - eine einvernehmliche Lösung weiterzubringen. Dieser Geschäftsordnungskommission, der der Abg. Sergio Divina vorsitzt, wollen wir noch einmal einen Monat Zeit lassen. Sollte hier ein einvernehmlicher Vorschlag herauskommen, dann wird im Oktober - und diese Bitte sei jetzt schon deponiert, Herr Präsident - an dieser einvernehmlichen Abänderung gearbeitet werden. Sollte das dieser Kommission nicht gelingen, dann sei auch hier schon deponiert, daß wir an unserem Antrag, der zweieinhalb Jahre alt ist und der jetzt wieder mit Abänderungsantrag hier in der Aula aufliegt, festhalten und verlangen, daß er im Oktober behandelt werde, mit den Folgen, die wir dann sehen werden, aber jedenfalls wird das einvernehmliche Resultat behandelt oder unser erster Antrag. Danke!

**PRÄSIDENT**: Danke für diese Klärung.

Zu Wort gemeldet hat sich der Abg. Palermo.

**PALERMO**: Presidente, non mi sento di accettare intimazioni e termini perentori, perché il regolamento non è un elastico che lo si possa tirare o accorciare secondo le proprie disponibilità o le proprie volontà, o si ritiene che la questione sia fondata e quindi il regolamento viene esaminato dalla commissione relativamente a quelle

modifiche che vengono proposte e quindi si riconosce dignità a questo istituto, o se si ritiene che tutta la questione sollevata in questa seduta sia solo e semplicemente un pretesto per non esaminare le proposte di modifica che sono state presentate dal cons. Atz, se si ritiene questo allora vuol dire che non esiste una reale disponibilità nemmeno a riconoscere una dignità alla commissione per il regolamento.

Quindi chiedo al Presidente un chiarimento, perché non ritengo che indicazioni in aula di termini perentori, che vengano indicati alla commissione dietro una sorta di ricatto da parte del cons. Atz di altre condotte politiche, se di queste condotte politiche ne dovessi prendere atto in questo modo, dico fin da adesso che chiedo subito la discussione in merito alla introduzione dei punti all'ordine del giorno, perché non mi pare corretto che si proceda in questo modo.

Se esiste un regolamento e si ritiene fondata tale questione, evidentemente si riconosce dignità alla Commissione per il regolamento, ma non a termine, perché ci possono essere 30 e 15 giorni e non vorrei che alla prossima tornata passassero altri tre giorni solo e semplicemente a discutere in via generale, senza fare assolutamente niente.

Quindi le chiedo cortesemente una chiarificazione, anche perché la stessa richiesta di introduzione di ordine del giorno, che ritengo sia stata anche tempestivamente proposta dalla Lega su determinate problematiche di carattere generale, essendo stata proposta dopo le mie, evidentemente subisce anche la sorte di una risposta che attendo cortesemente da lei.

**PRÄSIDENT:** Der Kollege Atz hat Stellung genommen was den Stand der Südtiroler Volkspartei betrifft und ich werde dann als Präsidium noch einmal meinen Vorschlag zusammenfassen und mir vom Regionalrat bestätigen lassen. Dies erstens, nur damit man diese beiden Dinge nicht verwechselt und zweitens bitte ich alle um die entsprechende notwendige Zusammenarbeit, denn es ist nutzlos, wenn man sagt, so und so ist es und dann bleibt es dabei usw. Es braucht da auch einen gewissen politischen Konsens.

Bitte, Abg. Benedikter.

**BENEDIKTER:** Nur kurz, daß ich jedenfalls dieses Diktat des Herrn Atz nicht annehme, entweder innerhalb Oktober einigt man sich oder sonst bleibt es dabei. Die Geschäftsordnung ist nämlich nicht irgendein x-beliebiges Gesetz, bei dem dann letzten Endes das demokratische Prinzip, daß die Mehrheit entscheidet, angewendet wird. So hat man es in den 48 Jahren, seitdem ich im Regionalrat bin und wo ich 30 Jahre lang Sprecher der Südtiroler Volkspartei war, nie gehandhabt und die Südtiroler Volkspartei hat nie hinsichtlich der Geschäftsordnung so wie es der Abg. Atz jetzt betreibt, gehandelt. Man war auch nie der Ansicht, daß es solche Zwangsmethoden wie die Vertrauensfrage, die jetzt vorgeschlagen wird, braucht oder etwas ähnliches. Die Südtiroler Volkspartei war seit 1948 bis 1994 der Ansicht, daß die Opposition nicht Obstruktionismus betreiben soll, sondern eben daß sie ihre Rolle spielen darf und kann und sie hat sie in der Vergangenheit auch gespielt, gegen die Südtiroler Volkspartei, wo

ich mich in erster Linie als Sprecher dagegen wehren mußte. Aber man hat nie zu solchen Zwangsmethoden Zuflucht genommen.

Daher bin ich mit dem Ultimatum vom Abg. Atz nicht einverstanden.

**PRÄSIDENT:** Ich habe um einen Konsens und um einen Vorschlag ersucht, den ich bereits bekanntgegeben habe. Der Abg. Atz hat gesagt, daß er auf der Behandlung beharrt und er hat auch seinem Ärger Ausdruck gegeben, daß der Vorschlag immer wieder verzögert wird usw. Jetzt hat er gesagt, was er gesagt hat. Aber ich habe daraus verstanden, daß grünes Licht für den Präsidiumsvorschlag gegeben worden ist und der heißt eben erstens die Juristen werden die rechtlichen Fragen klären, vertiefen, mit allen hier angewandten Argumenten.

Zweitens, mein Wunsch und die Empfehlung, möglichst nach einer einvernehmlichen Lösung zu suchen - natürlicherweise unter Achtung und Wahrung aller gegensätzlichen Standpunkte -, ist an alle gerichtet und ich ersuche um das Bemühen, möglichst zu einer Lösung beizutragen, sodaß man nicht einfach nur verzögert oder gar nichts tut - Sie verstehen was ich meine.

Drittens, die Geschäftsordnungskommission unter dem Vorsitz des Abg. Divina, der von mir in aller Form delegiert worden ist, auch schriftlich, möge die Arbeiten mit aller Dringlichkeit fortsetzen und möglichst innerhalb der nächsten Runden des Regionalrates abschließen, damit nicht noch einmal die Frage auftritt.

Und viertens: In der Tagesordnung sind laut Wunsch des Ausschusses das Europagesetz und der Schutz der Deutschen und Ladinier im Trentino vorzuziehen.

Damit lasse ich darüber abstimmen. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Wer stimmt dagegen? Niemand. Wer enthält sich der Stimme? Niemand. Damit haben wir das einstimmig genehmigt. Ich danke Ihnen auch für diesen Akt des Entgegenkommens sei es der Minderheit als auch der Mehrheit.

Wir fangen somit mit dem Europagesetz an und ich bitte den Vizepräsidenten Pahl...

Es wird gewünscht, daß wir jetzt auch gleichzeitig über die Vorverlegung des Tagesordnungspunktes abstimmen, den die Lega eingebracht hat. Damit keine Benachteiligungen erfolgen, möchte ich das nachholen. Der Antrag lautet auf Aufnahme eines Beschlußfassungsvorschlages der Abg. Divina, Boldrini und Tosadori in die Tagesordnung, der jetzt zur Verteilung kommt. Ich verlese ihn:

#### Beschlußfassungsvorschlag

"Der Regionalrat der Region Trentino-Südtirol bringt seine Entrüstung darüber zum Ausdruck, wie die politische Polizei in den Sitz einer Partei mit gewaltsamen Methoden eingedrungen ist, die an die dunklen Zeiten dieses Landes erinnern.

Dieses Land braucht keine politischen Opfer wie den unvergeßlichen Matteotti, weshalb die italienischen politischen Behörden aufgefordert werden,

eingzugreifen, damit eine zivile demokratische Ordnung wieder überall hergestellt werde."

Unabhängig vom Inhalt, da es jedem freisteht, seine politische Meinung zum Ausdruck zu bringen, lautet der Antrag des Abg. Divina auf Aufnahme in die Tagesordnung und darüber müssen wir schriftlich, geheim abstimmen, und es braucht die 3/4-Mehrheit. Jetzt möchte ich fragen, ob es Wortmeldungen dazu gibt?

Bitte, Frau Abg. Klotz.

**KLOTZ:** Die Ereignisse von gestern, dieser letzten Stunde, stellen in der Tat eine eklatante Einmischung in demokratische Prozesse dar und es zeigt sich hier, auf wessen Seite die Gewaltbereitschaft steht. Nicht nur die ständigen Drohungen mit dem Heer, sondern jetzt auch diese Aktivitäten zeigen, daß man sich politischen Bewußtseinsprozessen auch mit Gewalt widersetzen will.

Und um hier ein demokratisches Zeichen zu setzen, stimme ich für die Aufnahme dieses Punktes in die Tagesordnung. Es hat in Südtirol bereits ähnliche Fälle gegeben, und zwar hat es damals nicht so eklatante gegeben, nicht mit Anwendung von Gewalt, sondern Durchsuchung von Parteibüros und dergleichen. Sogar Alleanza Nazionale war vor einigen Jahren einmal davon betroffen worden und auch damals hat man es als notwendig erachtet, mit allen legalen demokratischen Mitteln Widerstand zu leisten, daß sich hier ein Polizeistaat neu formiert und daß eben mit Hilfe von Gewalt versucht wird, einen demokratischen Prozeß zu unterbinden und Angehörige einer Partei in einer Art und Weise einzuschüchtern, die eigentlich Ostblockmanieren entspricht, die längst vergangen sind, die man in der Welt inzwischen abgehackt hat.

Infolgedessen gibt es für echt demokratisch gesinnte Menschen und Volksvertreter keinen anderen Weg und keine andere Alternative als hier diejenigen, die Gewaltbereitschaft zeigen, in die Schranken zu weisen.

Aus diesem Grunde also ein klares Ja zur Aufnahme dieses Punktes und auch zur Diskussion.

**PRÄSIDENT:** Der Abg. Leitner hat das Wort.

**LEITNER:** Ich bin selbstverständlich dafür, weil es in einem demokratischen Staat immer und jederzeit möglich sein muß, Vorschläge welcher Art auch immer zu machen, sofern sie sich in diesem demokratischen Rahmen bewegen. Die Antwort mit Gewalt, mit Drohungen, mit Einschüchterungen usw. kann nicht hingenommen werden und aufgrund der Bilder, die wir gestern gesehen haben und aufgrund der Nachrichten, die uns in diesem Zusammenhang erreicht haben, muß man auch Europa informieren. Das ist ein Zustand, der nicht haltbar, nicht tragbar ist. Dagegen muß man laut protestieren ohne mit den Inhalten, die die Lega vertritt, einverstanden sein zu müssen. Aber daß man sie vertreten kann, das muß in jeder Demokratie gewährleistet sein, sonst dürfen

wir das Wort Europa und die demokratischen Grundsätze nie mehr in den Mund nehmen.

Deshalb ein ganz klares Ja zur Aufnahme in die Tagesordnung.

**PRÄSIDENT**: Der Abg. Atz hat das Wort.

**ATZ**: Danke, Herr Präsident! Auch wir von der Südtiroler Volkspartei fühlen uns zurückerinnert an die schwärzeste Zeit in diesem Lande, an den Faschismus, aber auch an die 60er Jahre, wo es gang und gäbe war, daß die Polizeigewalten nicht nur Privatpersonen, sondern auch politische Gruppierungen, demokratische Parteien, angegriffen haben, auch tätlich angegriffen haben und ebenso ihre Macht mit ihrer Gewalt gezeigt haben. Wir verurteilen dies, weil wir jegliche Art von Gewalt verurteilen...

(Unterbrechung - interruzione)

**PRÄSIDENT**: Abg. Atz, es tut mir leid, aber ich werde zurecht aufmerksam gemacht, daß zwei dafür und zwei dagegen reden dürfen.

**ATZ**: ...jedenfalls sind wir dafür, daß er in die Tagesordnung aufgenommen wird.

**PRÄSIDENT**: Möchte jemand dagegen reden?

Bitte, Frau Abg. Zendron.

**ZENDRON**: Parlo contro l'inserimento di questo documento, Presidente, benché debba dire che anch'io ho delle perplessità sulle modalità con cui è stata effettuata questa perquisizione in una sede della Lega, perché considero questo documento non appropriato, in quanto, soprattutto nella seconda parte, costruisce un parallelo fra uno Stato fascista, addirittura citando Matteotti e la situazione dello stato italiano attuale. Mi sembra veramente che usciamo dal seminato con questa informazione.

Chiedere che le autorità politiche italiane intervengano per ripristinare un ordine civile e democratico ovunque, ritengo che, benché in alcuni casi e probabilmente in questo, anche se non abbiamo abbastanza informazioni, si possa avere un atteggiamento critico verso il modo con cui è stata effettuata questa perquisizione, non mi sembra assolutamente affrettato chiedere che venga ripristinato l'ordine democratico in tutto il paese, come se non ci fosse.

Vorrei anche dire che ritengo inopportuno affrettarsi su proposta del partito interessato a effettuare da parte di un organismo legislativo politico una critica verso la magistratura, io sono per la separazione dei poteri e la democrazia è fondata su tale separazione, penso che si potrà fra qualche tempo arrivare ad una critica quando avremo gli elementi. Questo non significa una difesa totale, assoluta del comportamento, le cui modalità sono criticabili, però certamente non potrò votare a favore dell'inserimento di questo documento, soprattutto con questa formulazione.

Non credo che si possa paragonare lo Stato italiano, democratico attuale con tutte le sue pecche, con tutte le sue sacche di democrazia non del tutto ancora digerita all'interno di alcuni settori, con lo Stato che ha ucciso Matteotti.

**PRÄSIDENT**: Der Abg. Holzmann hat das Wort.

**HOLZMANN**: Grazie signor Presidente. Anch'io mi esprimerò contro l'inserimento di questo punto all'ordine del giorno per una serie di ragioni. Concordo con quanto ha detto la collega che mi ha preceduto sul fatto che il parallelo con il delitto Matteotti è quanto meno inopportuno e siccome questo parallelismo occupa metà della proposta di delibera, credo che la nostra attenzione si debba concentrare sulla prima parte.

Il caso Matteotti è un caso non del tutto chiarito, perlomeno per quanto riguarda le responsabilità storiche, ma comunque certamente fu un omicidio di carattere politico, ben altra è la perquisizione di luoghi anche dove si svolge attività politica.

Nella scorsa legislatura è stata perquisita la sede del mio partito a Bolzano e anche la sede del gruppo consiliare, si sono presentati gli agenti della DIGOS di Roma, con un mandato di perquisizione, hanno avuto la piena collaborazione da parte nostra, hanno svolto tutti i loro accertamenti e se ne sono andati incolumi.

Non conosco esattamente come si sono svolti i fatti nella sede della Lega, però da quelle poche e frammentarie immagini che abbiamo visto c'è stata una resistenza non passiva, ma attiva. Ho visto l'ex Ministro degli Interni Maroni aggrappato per terra ad una gamba di un poliziotto, quindi non era un atteggiamento passivo ghandiano di uno che si mette a fare il sit-in su un binario o su una strada, era un atteggiamento di resistenza attiva, anche se forse non troppo violenta. Dai giornali di questa mattina apprendiamo che nove agenti della polizia si sono fatti medicare all'ospedale milanese.

Quindi ritengo che la preoccupazione dei colleghi non sia giustificata in questo caso, perché se la perquisizione è avvenuta con modalità, che magari si sarebbero potute evitare, certamente questo era nella possibilità di chi invece ha opposto resistenza e quindi ha causato un'azione che aveva la finalità di accertare dei fatti, eseguendo ciò che la Magistratura aveva stabilito nella propria ordinanza.

Quindi ritengo che il Consiglio regionale, per varie ragioni, prima di tutto perché non è in possesso degli elementi necessari per esprimere un giudizio su questa vicenda, ma secondariamente, perché riteniamo che la Magistratura debba poter svolgere tutti i propri accertamenti in piena libertà e senza restrizioni, non possa accogliere questo documento. Grazie.

**PRÄSIDENT**: Damit ist die Diskussion abgeschlossen.

Ich bitte um Verteilung der Stimmzettel. Wer mit "Ja" stimmt, stimmt für die Aufnahme des Antrages der Abg. Divina und anderer in die Tagesordnung. Wer mit "Nein" stimmt, stimmt gegen die Aufnahme. Es braucht die 3/4-Mehrheit.

Ich bitte um den Namensaufruf.

(Segue votazione a scrutinio segreto)

**DENICOLO'**: (Sekretär):(ruft die Namen auf)  
(segretario):(fa l'appello nominale)

**PRÄSIDENT**: Ich darf das Abstimmungsergebnis bekanntgeben:

Abstimmende:	58
erforderliche Mehrheit:	44
Ja-Stimmen:	28
Nein-Stimmen:	23
weiße Stimmzettel:	6
nichtige Stimmzettel:	1

Das ergibt zwar die Mehrheit, aber nicht die notwendige qualifizierte Mehrheit und damit ist der Antrag nicht genehmigt, d.h. daß der Punkt für die nächste Sitzungsrunde normal auf die Tagesordnung kommt.

**PRÄSIDENT**: Damit kommen wir jetzt zum Tagesordnungspunkt Nr. 70:  
**Gesetzentwurf Nr. 64: Änderungen zum Regionalgesetz vom 30. Mai 1993, Nr. 11 betreffend "Initiativen zur Unterstützung von Völkern der Nicht-EG-Länder, die von Kriegen und Katastrophen betroffen sind oder die sich in besonders schwierigen Verhältnissen befinden" (eingebracht vom Regionalauschuß).**

Ich bitte den Vizepräsidenten Pahl um die Verlesung des Berichtes.

**PAHL**: Dem Themenkreis der Zusammenarbeit im Bereich der Entwicklungshilfe wird ein immer größeres Interesse von seiten der Allgemeinheit entgegengebracht. Dies hat die Regionalregierung dazu veranlaßt, das Ziel der Solidarität zugunsten von Nicht-EG-Völkern, die sich in Schwierigkeiten befinden, aktiver zu verfolgen.

Die diesbezüglichen Bemühungen der Regionalregierung beschränken sich nicht nur auf die Bereitstellung der notwendigen Geldmittel, sondern betreffen auch den Erlaß immer wirksamerer Gesetzesmaßnahmen.

Dieser Gesetzentwurf ist folglich als Erweiterung des Regionalgesetzes Nr. 11/1993 zu sehen, denn aufgrund der darin enthaltenen Änderungen ergeben sich weit größere Eingriffsmöglichkeiten.

Der Leitfaden, der mit den vorgeschlagenen Gesetzesänderungen verfolgt wird, ist nachstehender:

- Die Regionalregierung hat bei gleichbleibendem Sachverhalt die Möglichkeit, die Art der Initiative in den drei im Gesetz vorgesehenen Formen zu wählen;
- Die Möglichkeit, direkte Initiativen von seiten der Region durchzuführen, werden erweitert;

- Die Vereinigungen sollen durch die Zuweisung von Beihilfen auch in Initiativen unterstützt werden, die im Gebiet der Region stattfinden und die Gastfreundschaft und kulturelle Tätigkeit zugunsten von Personen aus Nicht-EG-Ländern betreffen;
- Es wird der bereits mit ähnlichen Funktionen betrauten Organisationseinheit ermöglicht, durch die ihr übertragenen Aufgaben in bezug auf die Durchführung des Gesetzes, die Regionalgesetze, welche die Zuweisung von Beihilfen regeln, global und daher auf funktionelle und einheitliche Weise zu verwalten.

Durch Änderung der Zielsetzungen des Gesetzes im Art. 1 kommt im Gesetzentwurf vorgenannter Leitfadenelemente genau zum Ausdruck.

Es wird nunmehr vermieden, auf die "Außerordentlichkeit" von Geschehnissen und auf die "besonders" schwierigen Verhältnisse Bezug zu nehmen und es werden auch Kriege und kulturelle sowie wirtschaftliche und soziale Schwierigkeiten berücksichtigt.

Aufgrund des Art. des Gesetzentwurfes, welcher den Art. 2 des Regionalgesetzes Nr. 11/1993 ersetzt, umfassen die Möglichkeiten der direkten Initiativen der Region bei Kriegen, Katastrophen oder bei wirtschaftlichen, sozialen oder kulturellen Schwierigkeiten, auch den Versand all dessen, was den Bevölkerungen, die sich in Schwierigkeiten befinden, normale Lebensbedingungen erlaubt.

Der Art. 2 garantiert den Landesausschüssen Trient und Bozen eine stete Information über die Initiativen, die die Regionalregierung direkt oder unter Hinzuziehung von öffentlichen bzw. privaten Rechtsträgern durchzuführen gedenkt.

Im darauffolgenden Art. 3 wird weiters ausdrücklich die Möglichkeit vorgesehen, Vereinigungen, welche im Gebiet der Region Initiativen im Rahmen der Gastfreundschaft, des Beistandes und der kulturellen sowie beruflichen Ausbildung in bezug auf Personen aus Nicht-EG-Ländern zu verwirklichen gedenken, Beihilfen zu gewähren.

Im Art. 3 wird die Verwaltungstätigkeit in bezug auf die Durchführung des Gesetzes der Diensteinheit für Studien und Sprachangelegenheiten übertragen. Diese Organisationseinheit stellt den Bezugspunkt für die Zwecke der Zuweisung von regionalen Beihilfen dar. Die Regionalregierung bestimmt das Amt, eventuell auch in Bozen, bei dem die Anträge auf Beihilfen eingereicht werden können.

Schließlich wird die Zusammensetzung des Beirates geändert, dessen sich die Regionalregierung für die Durchführung der Tätigkeiten und Maßnahmen laut Art. 2 Abs. 3 des Gesetzes und für die Zuweisung der Beihilfen bedient.

Im allgemeinen wird vorgesehen, daß sich außer den anstelle der zwei ausgewählten Führungskräfte, wie im Originaltext des Regionalgesetzes Nr. 11/1993 vorgesehen, drei höhere Beamte der Region am Beirat beteiligen.

Weitere im Art. 4 und 5 enthaltenen Bestimmungen stellen rein formale Änderungen dar bzw. Änderungen, die sich aufgrund der bereits vorgenommenen ergaben.

Aufgrund der oben angeführten Erläuterungen wird darauf vertraut, daß der Regionalrat diesen Gesetzentwurf genehmigen möge.

**Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter**  
**Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz**

**PRESIDENTE:** Concedo la parola al Presidente della I<sup>a</sup> Commissione legislativa, per la lettura della relazione. Prego cons. Atz.

**ATZ:**

B E R I C H T

Die 1. Gesetzgebungskommission hat in der Sitzung vom 5. Juli 1996 den Gesetzentwurf Nr. 64 betreffend "Änderungen zum Regionalgesetz vom 30. Mai 1993, Nr. 11 'Initiativen zur Unterstützung von Völkern der Nicht-EG-Länder, die von Kriegen oder Katastrophen betroffen sind oder die sich in besonders schwierigen Verhältnisse befinden'" beraten.

In bezug auf den zur Beratung stehenden Gesetzentwurf wurden keine wesentlichen Einwände erhoben. Gegen den Gesetzentwurf sprach sich lediglich Abg. Taverna aus, und zwar nicht so sehr wegen des Inhalts desselben, sondern vielmehr deshalb, weil die Tätigkeit im Bereich der Aufnahme von Personen aus Nicht-EG-Ländern bereits von den Kommunalkörperschaften koordiniert und vorangetrieben wird.

Besonders Augenmerk wurde auf den im Art. 1 angeführten Begriff der "schwierigen kulturellen Verhältnisse" gelegt, den viele Kommissionsmitglieder als zu weitläufig erachteten. Nach einer Debatte, an der sich fast alle Anwesenden beteiligten, hielt es die Kommission für angebracht, den Artikel durch eine für diesen Zweck angemessenere Formulierung abzuändern. In bezug auf Artikel 4 entwickelte sich eine Debatte zwischen den Regionalratsabgeordneten Arena und Taverna und dem Vertreter der Region, da erstere die Vertretung des Regionalrates im Rahmen des Beirates als zu gering erachteten.

Nach erfolgter Beratung hat die Kommission den Gesetzentwurf bei der Gegenstimme des Abg. Taverna und den Stimmenthaltungen der Abg. Arena und Benedikter mehrheitlich gutgeheißen.

Der Gesetzentwurf wird nun zur weiteren Überprüfung an den Regionalrat weitergeleitet.

**PRESIDENTE:** La parola al cons. Holzmann per la lettura della relazione di minoranza.

**HOLZMANN:**

RELAZIONE DI MINORANZA

Le maggiori opportunità di intervento auspiccate nella presentazione di questo disegno di legge dimostrano inequivocabilmente nella loro fattispecie due aspetti negativi.

Innanzitutto come l'indirizzo della Giunta regionale non sia assolutamente corrispondente ad una razionalizzazione della spesa pubblica, ma persegua il duplice obiettivo di mantenere inalterato una opinabile forma solidaristica, attraverso la consueta gestione dei trasferimenti finanziari a soggetti privati sui quali sarà assente ogni significativa azione di controllo sull'utilizzo dei contributi assegnati, se non con l'obbligatorietà per gli enti e le associazioni di assumere i parametri necessari per l'iscrizione negli appositi Albi delle Province di Trento e di Bolzano, e di introdurre la possibilità di un intervento di spesa sempre più diretto da parte della Regione.

In secondo luogo, la presente proposta normativa stravolge l'originario scopo per il quale fu approvata la Legge regionale 30 maggio 1993, n. 11, in quanto le modifiche cercano di superare il carattere di eccezionalità e di contingenza degli eventi per privilegiare lo sviluppo socioculturale rispetto all'intervento successivo alla calamità naturale o all'avvenimento bellico, anche in considerazione che la valutazione delle difficoltà sociali o di natura formativa diventa estremamente aleatoria ed allarga a dismisura l'orizzonte degli interventi.

Altro aspetto fuorviante dalle finalità prefissate dalla Legge regionale 30 maggio 1993, n. 11, si è riscontrato nella volontà della Giunta regionale di sostenere iniziative intese all'accoglienza all'assistenza ed alla formazione culturale e professionale, sul territorio regionale, di soggetti provenienti da Paesi extracomunitari, ancorchè colpiti da eventi calamitosi e bellici.

Per questo il Gruppo di Alleanza Nazionale non solo si oppone formalmente ad una modifica di legge non necessaria, ma invita altresì la Giunta regionale a ritirare il disegno di legge in parola.

**PRESIDENTE:** E' aperta la discussione generale al disegno di legge. Qualcuno intende intervenire? La parola al cons. Gasperotti.

**GASPEROTTI:** Grazie Presidente. L'oggetto della discussione di questa mattina, cioè la modifica della legge 11, mi auguravo portasse anche per l'occasione un piccolo, ma significativo, rendiconto di cosa ha voluto dire la legge 11, così costruita com'è, in questo primo periodo di sua applicazione, perché forse questa semplificazione, fatta dal Vicepresidente Pahl, non ci aiuta a comprendere le motivazioni per le quali la Giunta ha introdotto queste modifiche.

Nell'ambito delle competenze dell'assessore Pahl questa legge ha incontrato difficoltà, che dovrebbero trovare soluzione per il futuro con questa modifica della legge. In certi suoi passaggi, sia nell'art. 2 che successivi, nascono delle perplessità, perché non vedo dove siano state riscontrate inefficienze della legge 11, ad esempio laddove si distingue il mondo comunitario da extracomunitario, come se il mondo, questa palla rotonda, popolata da uomini, animali e cose, sia divisa soprattutto da due fattori, quelli facenti parte della comunità europea e quelli non facenti parte.

Questa citazione io la vedo in negativo e non sarà forse l'intenzione del legislatore, come non lo è stata nella legge 11, ma certo che, se fosse possibile ovviarla o comunque far comprendere che non si intende dividere il mondo in due parti, quello

comunitario e quello extracomunitario, perché gli eventi di calamità naturali accadono anche all'interno della comunità europea, sarebbe forse una barriera in meno per la comprensione.

Chiedo un aiuto al relatore della Giunta, di spiegarmi le difficoltà incontrate nell'applicazione della stessa legge 11, quindi aspetto volentieri anche nel pomeriggio, per capire meglio la bontà di questa proposta e decidere sull'opportunità o meno di approvare la modifica. Grazie.

**PRESIDENTE**: Qualcun altro intende intervenire in discussione generale? La parola alla cons. Zendron.

**ZENDRON**: Brevemente Presidente. Credo che siamo tendenzialmente tutti favorevoli ed interessati che questa legge funzioni nella maniera più efficace possibile e se per fare questo il presentatore chiede di apportare delle modifiche alla legge esistente, di per sé siamo tendenzialmente disponibili a facilitare il suo lavoro.

Vorrei dire solo due cose, una in cui chiedo una precisazione all'assessore Pahl su che cosa intende all'art. 1 delle "difficoltà di natura formativa" e che ho visto la commissione ha modificato in "natura formativa", se questo significa aiuti logistici per la frequenza delle scuole, posso essere d'accordo, però vorrei una precisazione.

In generale vorrei dire che anche esprimendo delle critiche che si sono sentite, lette in questi giorni sui giornali trentini, credo che noi possiamo dare il nostro assenso alle modifiche che vengono proposte da questo disegno di legge, però in cambio chiederemmo all'assessore Pahl una gestione più trasparente di questo settore, cioè gli chiederemmo di fissare con più chiarezza i criteri con cui vengono dati i soldi e anche di controllare quali sono i risultati e che ci sia la possibilità di una valutazione complessiva su quali sono gli effetti di tutti questi soldi.

Sono convinta che noi siamo una terra abbastanza ricca per permetterci di essere generosi, forse lo potremmo essere di più, però lo siamo e questa è una cosa che condividiamo tutti nelle varie forme e anche attraverso questo insieme di normative che ci permette di intervenire in questo senso.

Siamo stati anche favorevoli quando si è cercato di adattarla, non è la prima volta, alle nuove emergenze, in quanto fino a qualche anno fa l'emergenza bellica non sembrava così vicina a noi, mentre invece oggi abbiamo visto che è anche a breve distanza. Però io credo che non sia giusto semplicemente dare e pretendere che i cittadini abbiano il conto consuntivo, ma che ci sia veramente bisogno, per le certezze di tutti, è anche secondo me un fattore positivo di coinvolgimento della popolazione, di sapere dove vanno a finire questi soldi e con quali criteri.

Ho fatto delle interrogazioni su tutto il complesso di questa normativa e devo dire che non sono soddisfatta, cioè non sono riuscita, attraverso le risposte alle mie interrogazioni, a capire bene come viene gestito questo settore, c'è una mancanza di trasparenza e credo che sia un giusto scambio: diamo il nostro appoggio che ci viene richiesto dall'assessore Pahl, ma egli deve essere più chiaro nella gestione di questo settore.

**PRESIDENTE:** Ha chiesto di intervenire la collega Klotz, ne ha la facoltà.

**KLOTZ:** Auch meine Ausführungen zu dieser Neuregelung werden kurz sein. Ich werde mich kurz fassen können. Es ist richtig, daß hier einige Dinge präzisiert werden müssen. Und es ist wichtig, daß man auch einige Regelungen den bisherigen praktischen Erfahrungen anpaßt. In der letzten Legislatur ist die Kommission, wie sie zur Prüfung solcher Anträge vorgesehen ist, einige Male zusammengekommen. Ich war als Minderheitenvertreterin an den Arbeiten dieser Kommission beteiligt und wir hatten da auch einige Schwierigkeiten im Zusammenhang mit Falscherklärungen, d.h. also, Anträge auch von seiten privater Träger, die regelrechten Betrug enthielten. Ich glaube, daß sich damals auch die Staatsanwaltschaft mit diesen falschen Zahlen bzw. mit diesen Unterlagen befaßt hat, die nicht der Wahrheit entsprochen haben, wonach ein Träger Ausgaben erklärt hatte, die er in Wirklichkeit nicht getätigt hatte, auch in Zusammenhang mit den Hilfsmaßnahmen für Libanon und für Rumänien in der letzten Legislatur und es geht zurück auf das 11er Gesetz.

Infolgedessen also möchte ich darauf hinweisen, um in Zukunft solchen Mißbrauch zu verhindern, daß man tatsächlich hier früh genug nach dem Rechten sieht. Es war damals ein Rechtsanwalt, der von diesen Anträgen gehört hatte, auch von der Beteiligung eines bestimmten Trägers, der sich dann gemeldet hat, ansonsten hätte die Kommission möglicherweise diesem Träger aufgrund der Unterlagen auch noch Beiträge gewährt. Das war also mehr oder weniger damals ein Zufall.

Es ist gut, daß die Zusammensetzung im Prinzip so bleibt, daß also zwei Regionalratsabgeordnete vertreten sind, von denen einer der Minderheit angehört.

Ich möchte aber auch noch auf eine sehr unschöne Erfahrung verweisen, daß nämlich, als es zur Debatte stand, ob nun Träger aus Südtirol oder Träger aus dem Trentino mehr oder weniger Beiträge bekommen sollten, die Kommission immer wieder feilschen mußte. Daß beispielsweise auch das Weiße Kreuz seinen Anteil bekam - damals, was Rumänien, Libanon anbelangte - und daß es hier eine sehr provinzielle Ausrichtung gegeben hat. Also ein regelrechtes Feilschen und ich habe mich, mit einem Wort gesagt, in dieser Kommission nicht besonders wohl gefühlt, eben aufgrund dieser Tatsache, daß man damals den Trentiner Vereinigungen unbedingt mehr geben wollte als den Südtiroler Vereinigungen.

Ich ersuche die Regierung, auch da vorzubauen. Sollte diese Frage wieder anstehen, was bekommt das Weiße Kreuz in Bozen, was bekommt das Rote Kreuz im Trentino, müßte man hier von vornherein an einen gerechten Schlüssel denken, damit die Kommissionsmitglieder sich dann nicht wieder in der Situation befinden, daß sie um jede Million Lire hin- und herfeilschen müssen. Das ist damals einfach ein unwürdiges Verhalten gewesen. Deshalb bitte hier von vornherein daran zu denken, daß es dazu gar nicht erst kommt. Ich bin auch nicht der Meinung, daß hier unbedingt die Mitgliederzahlen eines Trägers, eines Vereins, eines privaten Trägers ins Treffen geführt werden müssen, sondern daß hier objektive Kriterien angewandt werden. Insgesamt also bin ich schon der Meinung, daß es auch richtig ist, daß diese Initiativen

von entsprechender Aufklärungsarbeit begleitet werden müssen und das ist hier ausdrücklich auch drin. Also Information, daß man sich Gutachten einholen kann, daß man eben hier entsprechend Aufklärungsarbeit betreiben kann, um eben auch eine ganz konkrete Aufschlüsselung zu haben und um hier möglichst objektiv, aber auch möglichst gerecht, entscheiden zu können.

Infolgedessen Ja zu einer Neuregelung und mit dem Ersuchen, diese spezifischen Punkte besonders zu berücksichtigen.

**PRESIDENTE**: Qualcun altro intende intervenire? Nessuno. La parola all'assessore Pahl, per la replica.

**PAHL**: Ich möchte kurz auf die aufgeworfenen Fragen antworten.

Zuerst dem Herrn Kollegen Passerini, warum wir eine Neuregelung einführen müssen. Im wesentlichen geht das auf unsere Erfahrungen zurück, auf die Erfahrungen unserer Verwaltung, die die eine und andere Formulierung präzisieren wollte und zweitens auf viele Gespräche, die ich in Südtirol und im Trentino mit den diversen Organisationen geführt habe, d.h. eine Reihe von deren Wünschen sind hier auch eingeflossen. Wirklich substanziell neu wird es natürlich nicht gemacht, d.h. wir könnten an sich auch mit dem alten Gesetz fortfahren, nur sollten die Präzisierungen eingefügt werden, warum hier EG- und Nicht-EG-Länder. Das ist eine Frage der Arbeitsteilung, die von den Provinzen damals gewünscht worden ist. Die Provinz Bozen hat in ihrem Gesetz den Unterschied Nicht-EG und EG enthalten, aber man sagte dann auf politischer Ebene im Sinne einer Arbeitsteilung, ihr beschränkt euch auf die Nicht-EG-Länder, während wird das Ganze offen lassen. Wir haben das dann akzeptiert. Das gleiche Einvernehmen herrscht mit der Provinz Trient. Wir sind natürlich mit den Provinzen laufend in Kontakt über Information, schriftlich und mündlich, d.h. wir wissen immer gegenseitig wer wo ansucht, wer was bekommt und wir tauschen auch die Informationen und die Erfahrungen laufend aus. Gerade in den letzten Tagen habe ich wieder in dieser Sache mit einem Funktionär in Trient gesprochen.

Zur Kollegin Zendron: was hier die "natura formativa" betrifft, hat die Kommission eine Änderung vorgenommen. Ich bin froh, daß sie diese Änderung vorgenommen hat, weil es genau auch das ist, was ich meinte. Ich glaube, auf Wunsch vieler Organisationen sollte man auch die Möglichkeit vorsehen, im kulturellen Bereich, gemeint ist Bildungsbereich, zu intervenieren und die Kommission hat gesagt, man soll das aber beschränken auf bestimmte Bildungsnotstände, d.h. Bildung, Ausbildung, Berufsausbildung und ich bin sehr einverstanden damit. Ich habe da gemeint, die Formulierung ist präzise. Damit geht das in Ordnung. Wir haben das auch schon in der Vergangenheit allerdings zu einem Teil gemacht und die Verwaltung meinte dann auch, dann sollte man es, wenn es die Organisationen so wollen, direkt ins Gesetz schreiben. In der Substanz ändert sich nichts. Nur ist das eine offizielle Anerkennung des Wunsches der betreffenden Organisationen, weil sie zu Recht sagen, Notstände sind auch Bildungsnotstände, aus denen Armut, wenn die Bildung nicht da ist, sich immer neu produziert.

Was die Klarheit über die Transparenz der Verwaltung betrifft: wir haben erstens einen Beirat. Da sind Politiker der Opposition und Mehrheit drinnen; es sind auch die Vertreter der größten sozialen Organisationen wie Caritas, Rotes Kreuz, Weißes Kreuz drinnen. Diese formulieren jedes Jahr aufgrund der Erfahrungen die Kriterien. Wir haben ein Reglement, das ist veröffentlicht. Das Gesetz schreibt es nicht vor, aber wir haben es mit Beschluß im Amtsblatt veröffentlicht. Dort ist auch der Vertrag veröffentlicht, der mit jeder Organisation geschlossen wird, damit auch die Organisation schriftlich genau die Bedingungen kennt, aufgrund deren sie handeln muß.

Zweitens aufgrund der Erfahrungen ändern wir notfalls die Kriterien von Jahr zu Jahr auch ab, weil nicht in jedem Jahr die gleichen Notstände auf Weltebene anzutreffen sind. Das aber ist Sache des Beirates. Der Beirat formuliert schriftlich zuerst nach Beratung die Kriterien und dann wendet er sie erst an. Es ist allerdings unmöglich, alle Vereine und Verbände immer zu befriedigen. Die Zahl der Projekte ist viel zu groß, als daß wir hier überall eingreifen könnten.

Was die Kontrolle betrifft: die Verbände sind einer recht rigorosen amtlichen Kontrolle unterworfen, was die Rechnungen betrifft. Natürlich so wie überall in der Welt kann man hier Rechnungen, wenn man unbedingt will, auch eventuell etwas anders gestalten, als sie in der Wirklichkeit entsprechen. Aber das Problem hat man in Südtirol nicht, d.h. der verantwortliche Träger ist verantwortlich für die Echtheit der Rechnungen. Wir machen aber auch Stichprobenkontrollen und die sind zu 95 Prozent absolut korrekt ausgegangen. In einigen Fällen, wo auch nur Zweifel übrig blieben, haben wir Beiträge nicht ausbezahlt und da gab es einen großen Sturm des Protestes, aber ich sagte, wenn die Rechnungslegung nicht ganz eindeutig ist, übernehme ich keine Verantwortung für die Auszahlung. Es waren aber ganz wenige Fälle im Trentino, wie in Südtirol, das fällt also nicht ins Gewicht.

Dann "il coinvolgimento della popolazione": wir haben eigentlich keine andere Möglichkeit als von Zeit zu Zeit einen Kongreß zu machen. Einmal haben wir einen in Trient und einmal einen in Bozen abgehalten. Wir wollen im Dezember wieder einen Kongreß mit allen diesen Vereinigungen und Interessierten abhalten. Dazu werden Sie auch eine Einladung bekommen und es werden, abgesehen von laufenden Treffen, auch die Gesamtheit der Organisationen eingeladen, unabhängig davon, ob sie bei uns ansuchen oder nicht.

Sonst eigene Aufklärungsarbeit, so wie das Landesgesetz es eigens vorschreibt, machen wir nicht, weil hier die Arbeitsteilung da ist. Das ist der Wunsch der Provinzen in Trient und Bozen, das machen sie, und die Region beschränkt sich auf andere Dinge. Das ist hier der politische Wunsch und es wäre notfalls der Wunsch an die Landesregierung zu richten, wenn man glaubt, daß hier zu wenig getan wird. Es ist der politische Wille, das nicht zu tun und ich habe mich daran halten müssen, sonst wäre ich gerne bereit dazu.

Was die Kollegin Klotz betrifft: wie die Erfahrungen sind und was die Falscherklärungen betreffen, habe ich schon gesagt. Mein Amt ist in der Lage alle Sprachen schriftlich und mündlich zu beherrschen, in denen auch Dokumente und Rechnungen ausgestellt werden - das betrifft zum Teil den zuständigen Assessor, zum

Teil die Beamten. Die Sprachkenntnis ist absolut wichtig, um tatsächlich die Dokumente beurteilen zu können und um an Ort und Stelle mit den Leuten zu reden.

Aus diesem Grund wollen wir die Kompetenz für die Ausübung dieser Angelegenheit der Verwaltung auch dem Amt für Studien zuteilen, wo - wie ich gesagt habe - in der Praxis schon vieles gemacht wird, eben aufgrund der Sprachkenntnisse.

Dann haben wir im Komitee zwei Politiker. Wir haben sehr gute Erfahrung gemacht mit Mehrheit und Minderheit. Alle Beschlüsse des Komitees sind immer einstimmig getroffen worden, obwohl die Vorschläge der Regionalregierung öfters verändert worden sind. Das ist auch das gute Recht und wir haben uns dann im wesentlichen auch an das gehalten.

Dann: wie sind die Beiträge verteilt? Genau 50 zu 50. Dafür habe ich sofort gesorgt und die Regionalregierung hat es formell beschlossen, hat auch den ganzen Aufteilungsschlüssel vor Behandlung aller Beiträge mit eigenem Beschluß beschlossen und den natürlich auch veröffentlicht. Alle Vereine wissen hier Bescheid. Dieser Schlüssel ist notwendig, um jeden Streit auszuschließen. Ich habe noch im vorigen Jahr im Einverständnis mit einer betreffenden Südtiroler Organisation, die auf 15 Millionen Lire verzichtet hat, diese den Trentinern gegeben, aber das war freiwillig. Sonst kommen wir in diesem Komitee sehr gut zurecht. Wir haben auch den Proporz gewahrt. Allerdings muß ich sagen, in diesem Fall, nachdem es nicht politische Entscheidungen sind, geht es hier nur um die Einstellung zur humanitären Frage und somit um kein Problem.

Die Aufklärungsarbeit: Wir haben immer wieder versucht, mit Pressemitteilungen zu sagen, was wir tun. Manche haben gesagt: hör endlich einmal auf, das interessiert uns ja nicht mehr, aber wir haben es trotzdem getan.

Ich bin selber an Ort und Stelle bei einzelnen Projekten dabei. Ich war im Sommer in Südamerika und habe dort mehrere Projekte gesehen, die von Trentinern gemacht werden und auch in anderen Orten, aber es ist unmöglich, sämtliche Projekte zu kontrollieren. Es ist dem Land Südtirol auch nicht möglich, jedes Studienstipendium zu kontrollieren, ob es absolut ankommt. Aber im Rahmen des Menschenmöglichen tun wir es. Wir haben auch mit den Organisationen ein gutes Einvernehmen gefunden, abgesehen davon, daß natürlich jeder Verein die absolute Finanzierung für sich möchte und es ist hier manchmal schmerzlich, einen Beitrag nicht so hoch ausfallen lassen zu können, wie man es möchte. Das ist klar, das tut uns auch leid, aber wir haben begrenzte Finanzmittel. Allerdings hat der Regionalrat von Trentino-Südtirol durch dieses Gesetz ein ganz großartiges Zeichen gesetzt - und ich glaube, er ist auch bereit, das zu genehmigen -, weil das in der Bevölkerung des Trentino und Südtirols die Solidarität für Notleidende wirklich weckt. Das ist sicherlich auch ein Kompliment für alle Parteien des Regionalrates. Ich sage auch, es ist nicht allein Leistung der Regionalregierung, sondern es ist die Vorleistung des Regionalrates, der erst mit dem Gesetz das überhaupt ermöglicht.

**PRESIDENTE:** I lavori sono sospesi per l'intervallo di mezzogiorno, riprenderanno alle ore 15.00.

(ore 13.09)

(ore 15.16)

**Vorsitz: Präsident Peterlini**  
**Presidenza del Presidente Peterlini**

ore 15.16

**PRÄSIDENT**: Ich bitte die Abgeordneten Platz zu nehmen.  
Wir fahren mit der Sitzung fort. Wir beginnen mit dem Namensaufruf.

**DENICOLO'**: (Sekretär):(ruft die Namen auf)  
(segretario):(fa l'appello nominale)

**PRÄSIDENT**: Wir haben bereits die Generaldebatte abgeschlossen und die Replik des Vizepräsidenten Dr. Pahl entgegengenommen und somit stimmen wir jetzt über den Übergang zur Sachdebatte ab. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Wer stimmt dagegen? Wer enthält sich der Stimme?

Bei 4 Enthaltungen, 1 Gegenstimme und dem Rest Ja-Stimmen ist der Übergang zur Sachdebatte genehmigt.

Wir kommen zum Art. 1:

Art. 1

1. All'articolo 1, comma 3 della legge regionale 30 maggio 1993, n. 11, le parole "e promuove adeguate iniziative al fine di alleviare il disagio di popolazioni appartenenti a Paesi extracomunitari colpiti da eccezionali eventi calamitosi o che vengano a trovarsi in condizioni di particolare difficoltà economica e sociale." sono sostituite dalle parole "promuovendo all'uopo adeguate iniziative al fine di alleviare il disagio di popolazioni appartenenti a Paesi extracomunitari colpiti da eventi bellici o calamitosi o che vengano a trovarsi in condizioni di difficoltà economica o sociale o di natura formativa."

Art. 1

1. Im Artikel 1 Absatz 3 des Regionalgesetzes vom 30. Mai 1993, Nr. 11 werden die Worte "und fördert zielgerichtete Vorhaben, um die Beschwerlichkeiten der Bevölkerungen in Nicht-EG-Ländern zu lindern, die von außerordentlichen Katastrophen betroffen sind oder die sich in besonders schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen befinden" durch die Worte ", indem sie dazu zielgerichtete

Vorhaben fördert, um die Beschwerlichkeiten der Bevölkerungen in Nicht-EG-Ländern zu lindern, die von Kriegen oder Katastrophen betroffen sind oder die sich in besonders schwierigen Verhältnissen wirtschaftlicher oder sozialer oder bildungsmäßiger Art befinden.".

**PRÄSIDENT**: Wer meldet sich zu Wort?

Bitte, Abg. Pinter.

**PINTER**: Grazie Presidente. Credo non si possa esimersi dalla discussione di questo disegno di legge dal raccogliere o comunque dal farsi carico di dare una risposta alle osservazioni critiche che sono state avanzate dalle associazioni del volontariato che si sono espresse nella giornata di ieri, rispetto al problema degli interventi della Giunta regionale, per atti di solidarietà nei confronti delle popolazioni del terzo Mondo, comunque delle situazioni legate a situazioni di disagio.

Per chi non avesse avuto modo di rilevarlo anche nella giornata odierna sul giornale "Adige" di Trento è riportata una denuncia da parte delle principali organizzazioni del volontariato cattolico pacifista di aiuti dal Terzo Mondo del Trentino, tra i quali le ACLI, la CARITAS, la Casa per la Pace, la cooperativa casa, la CEFA, che parlano di eccesso di poteri di discrezionalità della Presidenza e della Vicepresidenza della Giunta regionale nell'assegnazione degli aiuti.

Qui mi pare quindi che non si contesti tanto il contenuto della legge, la necessità di questi stanziamenti e la necessità che la Regione destini parte delle proprie risorse in progetti di cooperazione e di aiuto a popolazioni in difficoltà per motivi di guerra o per motivi di sottosviluppo, ma si mettono in discussione i meccanismi, il metodo con il quale si arriva a destinare queste risorse, cioè di fatto a deliberarne l'impiego tra i vari progetti e tra le varie associazioni preposte alla gestione dei progetti.

Qui si pone quindi un interrogativo sul fatto che occorre superare la fase della cosiddetta carità, elargita nelle varie situazioni e ad un vero e proprio progetto di investimento che faccia sì che le risorse stanziata dalla Regione abbiano un ritorno positivo e quindi non si tratta soltanto di alleviare una sofferenza immediata, ma si tratta anche di costruire condizioni di autonomia, di autosviluppo delle popolazioni destinatarie degli interventi.

Allora credo che farebbe bene, sia il Vicepresidente Pahl che il Presidente Grandi, a dare delle risposte, cioè nel senso da una parte di rassicurarci che nelle modalità con le quali si erogano questi contributi, si persegue un fine che non è soltanto quello dell'immediato ristoro di alcune situazioni o comunque dell'immediato aiuto ad alcune associazioni, ma si persegue l'obiettivo di permettere che da questi interventi della Regione possano nascere anche dei progetti di crescita, di autosviluppo.

Dall'altra che si risponda a questa accusa, di eccessiva discrezionalità della Regione. Non faccio parte evidentemente del comitato consultivo; è all'ordine del giorno la sostituzione dei componenti, ne dovremo parlare in seno alla conferenza dei Capigruppo, perché credo che le dimissioni dei cons. Giordani e Panizza non possono essere reciprocamente scambiate, per cui quello di maggioranza diventa minoranza, ma

occorre per forza di cose passare da una rielezione in Consiglio, in modo che il Consiglio stesso indichi, sia da parte delle minoranze che della maggioranza quelli che ritengono i componenti più indicati ad un'azione di supporto dell'attività di questo comitato, nonché ad un'azione anche di controllo dell'attività della Giunta regionale.

Credo che questo sia per alcuni versi un minimo di garanzia, rispetto al funzionamento del comitato e l'attuazione della legge stessa, quindi non voglio certo qui dire che non ci siano gli strumenti di controllo dell'operato della Giunta e delle scelte che vengono fatte nella destinazione degli aiuti, però credo sia altrettanto giusto avere maggiori garanzie, anche perché immagino che un comitato consultivo più di tanto non possa spingersi nella sua azione di accertamento e di verifica e di controllo, che si rafforzi questo strumento consultivo della Giunta regionale e quindi credo sarebbe opportuno, magari ne discutiamo nel proseguo dell'articolato, che si arrivi ad una funzione consuntiva, ma vincolante nei confronti della Giunta regionale e quindi che abbiamo le garanzie che le obiezioni, le perplessità o le riserve che potrebbero essere espresse a livello consultivo abbiano anche un potere di incidenza nelle scelte della Giunta regionale, perché credo che anche la buona fede delle volte può permettere dei gravi errori nella destinazione delle risorse pubbliche.

Sappiamo benissimo che oggi non è sufficiente destinare delle risorse a persone o associazioni, o progetti che sulla carta appaiono motivati da buone ragioni, ma ci vogliono delle verifiche un po' più scientifiche, sul grado di soddisfazione degli obiettivi che la legge stessa si è posta, in altre parole credo che i soldi della regione vadano spesi bene e dobbiamo avere delle garanzie sul ritorno, mentre sono assolutamente d'accordo sul fatto di destinare queste risorse, perché ci mancherebbe altro che con il timore di destinarle malamente finiamo per non destinarle affatto.

Quindi sono da una parte per il sostegno allo stanziamento e alla finalità della legge, dall'altra per avere maggiori garanzie e quindi maggiori risposte da parte della Giunta regionale, in ordine alle osservazioni circa il rischio che vengano in qualche modo fatte delle erogazioni più caritatevoli, che non finalizzate a progetti di crescita e di autosviluppo.

#### **Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter** **Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz**

**PRESIDENTE:** Qualcun altro desidera intervenire? Nessuno. Pongo in votazione l'art. 1. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Contrari? Astenuti? Con 3 voti contrari, 5 voti di astensione e tutti gli altri favorevoli, l'articolo è approvato.

#### Art. 2

1. L'articolo 2 della legge regionale 30 maggio 1993, n. 11 è sostituito dal seguente:

“Art. 2  
(Attività ed interventi)

1. Nelle ipotesi di cui all'articolo 1, comma 3, la Giunta regionale, anche d'intesa con la Direzione generale per la cooperazione allo sviluppo o su richiesta della medesima, al fine di alleviare le sofferenze delle popolazioni, invia direttamente attrezzature anche sanitarie, medicinali, viveri e generi di conforto e quant'altro risulti necessario per sovvenire alle necessità del momento e per consentire normali condizioni di vita.

2. Nelle ipotesi di cui all'articolo 1, comma 3, la Giunta regionale può altresì avvalersi di soggetti pubblici o privati, operanti, senza fine di lucro, a favore di popolazioni extracomunitarie, per l'invio di quanto previsto al comma 1.

3. Inoltre la Regione, nelle medesime ipotesi, con le modalità di cui all'articolo 3, sostiene iniziative anche a carattere pluriennale che prevedano il coinvolgimento della popolazione e dei soggetti pubblici o privati operanti nel territorio regionale e che valorizzino le potenzialità in regione.

4. La Giunta regionale garantisce alle Giunte provinciali di Trento e di Bolzano la costante informazione sulle iniziative che la stessa intende assumere in via diretta avvalendosi di soggetti pubblici o privati.

5. L'individuazione dei Paesi extracomunitari destinatari delle provvidenze di cui ai commi 1, 2 e 3 e dei soggetti pubblici o privati di cui ai commi 2 e 3, nonché la determinazione degli importi da destinarsi, sarà effettuata dalla Giunta regionale su parere del Comitato di cui all'articolo 4.”.

Comunico all'aula che è stato presentato, da parte del cons. Gasperotti, un emendamento che è in fase di distribuzione.

Prego dare lettura dell'articolo nel testo in lingua tedesca.

## Art. 2

1. Der Artikel 2 des Regionalgesetzes vom 30. Mai 1993, Nr. 11 wird durch den nachstehenden ersetzt:

### "Art. 2 (Tätigkeit und Maßnahmen)

1. In den Fällen laut Artikel 1 Absatz 3 übermittelt die Regionalregierung direkt, auch im Einvernehmen mit der Generaldirektion für die Zusammenarbeit im Bereich der Entwicklungshilfe oder auf Antrag derselben, unter anderem auch sanitäre Ausrüstungen, Medikamente, Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände sowie alles, was für die momentanen Erfordernisse und für normale Lebensverhältnisse notwendig ist, um die Leiden dieser Bevölkerungen zu lindern.

2. In den Fällen laut Artikel 1 Absatz 3 kann sich die Regionalregierung für die Übermittlung dessen, was im Absatz 1 vorgesehen ist, auch öffentlicher oder

privater Rechtsträger bedienen, die ohne Gewinnzwecke zugunsten der Bevölkerungen von Nicht-EG-Ländern tätig sind.

3. Außerdem unterstützt die Region in denselben Fällen und gemäß den Modalitäten laut Artikel 3 Initiativen, auch über mehrere Jahre hinweg, die die Einbeziehung der Bevölkerung und der öffentlichen und privaten Träger vorsieht, die auf regionalem Gebiet tätig sind, und die die in der Region bestehenden Möglichkeiten ausschöpfen.

4. Die Regionalregierung garantiert den Landesausschüssen Trient und Bozen eine stete Information über die Initiativen, die sie direkt oder unter Hinzuziehung von öffentlichen bzw. privaten Rechtsträgern durchzuführen gedenkt.

5. Die Ermittlung der Nicht-EG-Länder, für die die Zuwendungen nach vorstehenden Absätzen 1, 2 und 3 bestimmt sind und der privaten oder öffentlichen Rechtsträger laut Absatz 2 und 3 sowie die Festlegung der Beträge, die zuzuweisen sind, erfolgt durch die Regionalregierung aufgrund eines Gutachtens des Beirates nach Artikel 4."

Es liegt ein Abänderungsantrag vor, der noch übersetzt und abgegeben werden muß.

**PRESIDENTE:** Non possiamo entrare nella discussione dell'art. 2, perché si sta distribuendo un emendamento, quindi se nessuno è contrario lo riprendiamo dopo e passiamo all'art. 3.

### Art. 3

1. L'articolo 3 della legge regionale 30 maggio 1993, n. 11 è sostituito dal seguente:

#### “Art. 3

(Associazioni operanti a favore delle popolazioni extracomunitarie)

1. La Regione sostiene ai sensi dell'articolo 2, comma 3, le funzioni di servizio sociale, culturale, formativo ed assistenziale svolte da enti, associazioni e comitati, anche a carattere cooperativo, operanti nel territorio regionale, senza fine di lucro e con carattere di continuità, a favore delle popolazioni extracomunitarie colpite da eventi bellici o calamitosi o che vengono a trovarsi in condizioni di difficoltà economica o sociale o di natura formativa.

2. Al fine di ottenere il sostegno di cui al comma 1, i soggetti ivi previsti devono presentare apposita domanda alla Regione presso l'Ufficio, anche eventualmente decentrato nel territorio della Provincia di Bolzano, se nel medesimo gli stessi soggetti siano operanti, individuato con deliberazione della Giunta regionale. A seguito di tale richiesta, ed espletata a cura del suddetto Ufficio, la procedura istruttoria, la Giunta regionale, qualora deliberi di intervenire a favore dei soggetti di cui al comma 1, potrà stipulare con i richiedenti apposita convenzione.

3. Alle attribuzioni del Servizio studi e relazioni linguistiche, indicate nell'allegato A) della legge regionale 9 novembre 1983, n. 15, come sostituito dall'allegato A) della legge regionale 11 giugno 1987, n. 5, sono aggiunti i compiti relativi alla gestione della presente legge, ivi compresi quelli di supporto al Comitato di cui all'articolo 4.".

### Art. 3

1. Der Artikel 3 des Regionalgesetzes vom 30. Mai 1993, Nr. 11 wird durch den nachstehenden ersetzt:

#### "Art. 3

(Zugunsten der Nicht-EG-Länder tätige Vereinigungen)

1. Die Region unterstützt im Sinne des Artikels 2 Absatz 3 die sozialen, kulturellen, ausbildungsbezogenen und fürsorglichen Tätigkeiten der Körperschaften, Vereinigungen und Komitees auch genossenschaftlicher Art, die im Gebiet der Region ohne Gewinnzwecke und ständig zugunsten von Bevölkerungen in Nicht-EG-Ländern wirken, die von Kriegen oder Katastrophen betroffen sind oder die sich in schwierigen Verhältnissen wirtschaftlicher oder sozialer oder bildungsmäßiger Art befinden.

2. Für die Zwecke laut Absatz 1 müssen die darin genannten Rechtsträger der Region das entsprechende Gesuch vorlegen, und zwar bei dem mit Beschluß der Regionalregierung festgelegten Amt, bei dem es sich auch um ein entsprechendes Amt im Gebiet der Provinz Bozen, in dem die Rechtsträger tätig sind, handeln kann. Infolge dieses Gesuches und nach Abschluß der Bearbeitung von seiten obgenannten Amtes, kann die Regionalregierung nach ihrer Entscheidung zugunsten der Rechtsträger laut Absatz 1 vorgehen und die entsprechende Vereinbarung mit den Antragstellern abschließen.

3. Den Funktionen der Dienst Einheit für Studien und Sprachangelegenheiten, wie in der Anlage A) des Regionalgesetzes vom 9. November 1983, Nr. 15, ersetzt durch Anlage A) des Regionalgesetzes vom 11. Juni 1987, Nr. 5 angegeben, werden die Aufgaben bezüglich der Handhabung dieses Gesetzes, einschließlich der Unterstützung des Beirates laut Artikel 4 hinzugefügt."

**PRESIDENTE:** Qualcuno intende intervenire sull'articolo? La parola al cons. Benedikter.

**BENEDIKTER:** Ich habe mich in der Kommission gegen diesen letzten Satz vom ersten Absatz dieses Artikels ausgesprochen, wo es heißt: "Die Region unterstützt weiters Initiativen der Gastfreundschaft, des Beistandes und der kulturellen sowie beruflichen Ausbildung im Gebiet der Region in bezug auf Personen aus Nicht-EG-Ländern". Es ist schon über die Streichung oder nicht abgestimmt worden und die Mehrheit hat darauf bestanden, daß er nicht gestrichen wird.

Jetzt möchte ich fragen, wie diese Bestimmung ausgelegt werden soll, denn sie kann auch so aufgefaßt werden, daß man sagt, es wird mit Geld der Region unterstützt, daß sich Personen aus Nicht-EG-Ländern bei uns niederlassen können. Ich glaube, es kann nicht die Absicht sein, daß man diese Personen unterstützt, wenn sie sich hier niederlassen. Daß man sie vorübergehend unterstützt, wenn sie sich hier aufhalten, das ist etwas anderes. Daß man sie aber unterstützt, wenn sie sich hier niederlassen, das soll selbstverständlich von Haus aus nicht zugelassen sein. Es sollte klar sein, daß das nicht der Sinn einer solchen Bestimmung ist, denn sonst würde die Region unterstützen, daß sich Personen aus Nicht-EG-Ländern, ganz gleich ob von Tschetschenien oder von wo auch immer, hier niederlassen können.

**PRESIDENTE**: Ha chiesto di intervenire la cons. Zendron, ne ha la facoltà.

**ZENDRON**: Grazie Presidente. Anch'io voglio intervenire su questo comma 1; sono un po' sorpresa, colpa mia che non avevo prestato abbastanza attenzione, della soppressione in sede di commissione dell'ultima parte del comma 1, dell'art. 3, soppressione che mi meraviglia e che non mi trova affatto d'accordo. Ho pensato che una delle modifiche più interessanti apportate dal presentatore alla legge in vigore, fosse proprio questa possibilità, come lui descrive, di assegnare contributi ad associazioni che presentino iniziative, intese all'accoglienza, all'assistenza, alla formazione culturale e professionale nel territorio regionale, di soggetti provenienti da paesi extracomunitari.

Ritengo che questa formulazione, questa previsione fatta nel testo originale sia sicuramente una modifica della legge attuale, molto positiva e noi vorremmo che fosse reintrodotta, per questo abbiamo presentato un emendamento, che reintroduce il testo originario, perché credo sia invece importante che gli interventi avvengano sul nostro territorio, qui parliamo di eventi bellici, cioè nella stessa maniera con cui viene aiutato il paese che subisce questo momento difficile e nello stesso modo è opportuno che interveniamo qui presso le persone che sono rifugiate, che poi possono ritornare muniti anche di strumenti culturali, molto appropriatamente sono previsti interventi di natura formativa.

In questo caso mi sembra che l'intervento della Commissione abbia tolto dal testo una delle innovazioni più significative e interessanti. Spero che il presentatore rimetta alla prova il suo testo originale, dando l'assenso al nostro emendamento e che riproponga all'aula, sperando che questa ripristini il testo originale, in quanto mi sembra un'innovazione significativa ed è un gran peccato che la Commissione l'abbia tolto.

**PRESIDENTE**: Qualcuno intende intervenire? La parola al cons. Pinter.

**PINTER**: Signor Presidente, solo per dire che è stato presentato questo emendamento, che raccoglie le indicazioni date dalla cons. Zendron, sul fatto di ripristinare quella parte dell'articolato che era stato proposto dalla Giunta regionale e che era stato impropriamente stralciato dalla commissione. Allora, oltre a sostenere questo emendamento, chiedo conto, ancora una volta e mi piacerebbe che l'assessore

competente fornisca qualche risposta a quanto abbiamo finora detto, perché credo sia importante che la Giunta sostenga quanto era nel suo intento originario propositivo, mi stupirebbe che non argomentasse sul motivo per il quale ha originariamente proposto alcuni articoli e sul contenuto degli stessi.

**PRESIDENTE**: Ha chiesto la parola la cons. Klotz, ne ha la facoltà.

**KLOTZ**: Nur, um den Assessor Pahl zu ersuchen, hier genau zu präzisieren, welcher Text nun steht, denn im Deutschen habe ich den Eindruck, daß dieser Teil nicht verlesen worden ist, auf den Kollege Benedikter Bezug genommen hat und im italienischen Text anscheinend schon. Ich bitte Sie zu klären, welcher Text nun was beinhaltet und welcher Text hier abgestimmt wird.

**PRESIDENTE**: Si vota comunque il testo approvato dalla Commissione. Ho letto la emendata dalla Commissione e poi ho continuato con la lettura della parte che rimane. Se lei vuole, per essere più chiari, rileggo la parte emendata dalla commissione:

“1. L’articolo 3 della legge regionale 30 maggio 1993, n. 11 è sostituito dal seguente:

“Art. 3

(Associazioni operanti a favore delle popolazioni extracomunitarie)

1. La Regione sostiene ai sensi dell’articolo 2, comma 3, le funzioni di servizio sociale, culturale, formativo ed assistenziale svolte da enti, associazioni e comitati, anche a carattere cooperativo, operanti nel territorio regionale, senza fine di lucro e con carattere di continuità, a favore delle popolazioni extracomunitarie colpite da eventi bellici o calamitosi o che vengono a trovarsi in condizioni di difficoltà economica o sociale o di natura formativa.”

La parte approvata dalla Commissione è solo questa parte che ho letto.

Anche qui dovrò chiedere all’aula se sospendere la trattazione dell’art. 3, perché è stato presentato un emendamento.

Ha chiesto la parola la cons. Kury, ne ha facoltà.

**KURY**: Noch eine prozedurale Frage. Wenn ich den Herrn Benedikter vorher richtig verstanden habe, hat er gesagt, daß er in der Kommission den Antrag eingebracht hat, diesen Satz zu streichen, daß sich die Kommission aber dagegen ausgesprochen hat.

**PRESIDENTE**: Ci siamo poi capiti, la domanda che mi ha posto il cons. Benedikter era pertinente, perché ho dato lettura della continuazione dell’articolo, che è stato soppresso in Commissione, è stato tutto chiarito.

Riprendiamo l’art. 2. E’ stato presentato un emendamento, a firma dei cons. Gasperotti, Pinter e De Stefani, che recita: Al comma 5, dopo le parole “parere”, è aggiunta la parola “vincolante”.

La parola al cons. Gasperotti, per l'illustrazione.

**GASPEROTTI**: Nella discussione generale è emerso la necessità che questa legge, la n. 11, modificata come viene presentata dal DL n. 64, sia il più possibile trasparente e prevede la partecipazione proporzionale delle forze politiche e sociali che sono presenti nella nostra regione. Questa partecipazione proporzionale ha il coinvolgimento di un non parere consultivo, ma vincolante, dico vincolante perché altrimenti chi gestisce in prima persona le operazioni rivolte a questi interventi previsti dalla legge 11, possono essere non condivise dalla maggioranza delle forze politiche e sociali della nostra regione. Se condividiamo la partecipazione di soggetti sociali e politici, dovremmo anche condividere il fatto che le osservazioni o rilevazioni delle commissioni siano vincolanti per chi "gestisce" la legge.

**PRESIDENTE**: Se nessuno intende intervenire sull'emendamento, concedo la parola alla Giunta, prego assessore Pahl.

**PAHL**: Diesen Änderungsantrag können wir nicht annehmen, denn ein Gutachten kann seiner Natur nach nur ein Gutachten sein und darum selbstverständlich nicht bindend. Die Verantwortung im Sinne des Gesetzgebers hatte die Regionalregierung. Dort sind die gewählten Vertreter. Deswegen kann jetzt nicht ein Beirat praktisch über einige Milliarden Lire Verteilung entscheiden. In diesem Beirat hat die Regionalregierung ja keine Mehrheit. Es sind insgesamt drei Politiker, zwei von der Mehrheit und einer von der Opposition, aber es gibt mehr Vertreter von nichtgewählten Volksvertretern im Beirat. In der Praxis ist es so, daß alle Beschlüsse des Beirates einstimmig gefaßt werden. Daraus ersehen Sie schon, daß die Dinge von allen Seiten gründlich geprüft werden, aber formelle Bindung der Regionalregierung kann es nicht geben, denn die Verantwortung muß bei dieser bleiben. Das ist bei allen Gesetzesmaßnahmen so, bei den Provinzen, beim Staat, überall, die Verantwortung für die Vergabe von Steuergeldern hat letztlich das zuständige gewählte Organ und nicht irgendein Beirat. Ein Beirat hat keinen Wählerauftrag zur Gestaltung einer Verwaltung oder Verteilung von Geldern. Aber in der Praxis ist der Beirat immer einstimmig bei den Beschlüssen. Es hat überhaupt nie ein politisches Problem gegeben. Daraus ersehen Sie schon auch den großen Einfluß des Beirates.

Ich bin also für die Ablehnung des Antrages.

**PRESIDENTE**: Ha chiesto la parola il cons. Gasperotti.

**GASPEROTTI**: Vicepresidente Pahl, la questione io la vedo da un'ottica diversa dalla sua, lei considera, per l'esperienza che ha fatto, in questa gestione della legge 11, un fatto impossibile, mentre io intendo una gestione diversa da quanto lei ha fatto fino ad ora. Io la devo considerare astrattamente questa cosa, è una legge che deve essere vista in maniera astratta e si vedrà più avanti, all'art. 4, ho proposto un emendamento, che modifica proprio il comitato, sempre in coerenza di quanto sto sostenendo adesso,

perché la Giunta regionale ha sì la possibilità di scegliere le proprie linee politiche ed il bilancio lo consente, perché individua le somme a disposizione, ma gli indirizzi in questo settore, forse è necessario il massimo della condivisione da parte delle forze politiche presenti in questo Consiglio regionale.

Ecco perché la proposta diventa un vincolo e vincolo vuole dire assumere decisioni in maggioranza, non vuol dire all'unanimità, se lei ha raggiunto l'unanimità vuole dire che aveva delle proposte condivise all'unanimità ed il vincolo di espressione di una commissione, come è prevista all'art. 4, per noi dava un elemento di garanzia. Lei deve vedere la legge in maniera molto astratta, non a livello personale, lo sottolineo, perché non vorrei che si sorvolasse su questioni che non sono oggi in discussione.

Per questo motivo le dico che ho fatto questa proposta di vedere il comitato con un'espressione di parere vincolante e successivamente una modifica all'art. 4, che è quello che determina i componenti della Commissione.

**PRESIDENTE**: La parola alla cons. Kury.

**KURY**: Sehen Sie, Herr Vizepräsident Pahl. Bis vor einer Woche hätte ich wahrscheinlich eine ähnliche Antwort gegeben, die Sie heute gegeben haben. Es gibt keinen Beirat, der die Möglichkeit hat, bindende Gutachten auszustellen. Nur bin ich letzte Woche im Rahmen einer Diskussion in einer Landtagssitzung in diesem Saal eines Besseren belehrt worden. Leider waren Sie nicht anwesend. Aber wir haben letzte Woche ziemlich ausführlich über ein von Landeshauptmann Durnwalder vorgelegtes Gesetz mit dem Titel "Forstgesetz" diskutiert und da gibt es einen Beirat, der nicht nur die Möglichkeit hat, bindende Gutachten auszustellen, sondern darüber hinaus auch noch die Möglichkeit hat, selbst Ermächtigungen auszustellen. Dieser Beirat heißt Forstkomitee. Dann frage ich Sie, wenn es dort möglich ist - vielleicht wissen Sie auch, daß sich der Gemeindenverband dagegen ausgesprochen hat -, wenn es in diesem Bereich möglich ist, dann müßte es eigentlich auch in anderen Bereichen möglich sein, denn dann stimmt nämlich die Argumentation, die Sie angeführt haben und die ich bis vor kurzem auch noch geteilt habe, von der Geschichte mit dem Wählerauftrag nicht mehr.

Insofern unterstützen wir den Vorschlag des Kollegen Gasperotti, denn wenn es in einem Bereich möglich ist, müßte es auch in den anderen Bereichen möglich sein, zumal es uns schon ein großes Anliegen ist, hier die Geldvergabe so gut wie möglich mitbestimmen zu können und nicht nur Gutachten darüber auszudrücken. Wir würden uns sehr wünschen, daß man den Antrag des Kollegen Gasperotti annimmt.

**PRESIDENTE**: Prego assessore Pahl.

**PAHL**: Beim Forstgesetz war eine andere Intention gegeben. Dort geht es um eine Verkürzung und Vereinfachung der Verwaltungsverfahren. Das ist die Intention. Aber hier geht es um die Vergabe von Geldern und da kann nur die Regionalregierung die Verantwortung tragen. Sie trägt sie ja gegenüber dem Regionalrat, dem Gesetzgeber,

auch. Sonst würden einige Leute, die überhaupt keinen Wählerauftrag haben, über Milliardenvergaben entscheiden. In diesem Fall wäre jede Kritik an der Regionalregierung künftig unmöglich, denn ich könnte dann sagen: das ist reine Sache des Beirates, wo ich eine Stimme habe und sonst nichts. Dann würde aber - und das ist vorzusehen - eine große Spannung und Krieg unter den Vereinigungen entstehen, von denen es ja viele Dutzende gibt und eine würde die andere kritisieren. Es sind ja Vertreter dieser Vereinigungen, also Selbstinteressierte, auch in diesem Beirat wie die Caritas, Rotes Kreuz, Weißes Kreuz, die sind im Beirat drinnen und auch das sind unmittelbar Interessierte. Wenn schon, müßte man die 60-70 Organisationen hineinnehmen, das würde ein Riesenparlament werden, aber auch die hätten noch keinen Auftrag über Steuergelder zu entscheiden. Diese Verantwortung muß bei uns bleiben, weil wir dann auch direkt verantworten können. In diesem Fall bitte ich um Verständnis, so sehr ich sonst den Beirat sehr ernst nehme, ich sagte schon, wir stimmen immer einstimmig ab. De facto wird es angenommen, aber die formale Entscheidung muß bei der Regionalregierung bleiben, sonst gibt es auch keine Verantwortung mehr von uns.

**PRESIDENTE**: Pongo in votazione l'emendamento prot. n. 7407. E' stata chiesta la votazione per scrutinio segreto. Prego distribuire le schede.

**Riassume la Presidenza il Presidente Peterlini**  
**Präsident Peterlini übernimmt wieder den Vorsitz**

(Segue votazione a scrutinio segreto)

**PRÄSIDENT**: Ich darf das Abstimmungsergebnis bekanntgeben:

Abstimmende:	53
Ja-Stimmen:	17
Nein-Stimmen:	30
weiße Stimmzettel:	5
nichtige Stimmzettel:	1

Damit ist der Antrag der Abg. Gasperotti und anderer nicht angenommen.

**PRÄSIDENT**: Damit kommen wir zur Abstimmung des gesamten Art. 2. Wer ist dafür...

...Frau Abg. Klotz.

**KLOTZ**: Zum Art. 2 in seiner Gesamtheit. Häufig wird man gefragt, ob beispielsweise gerade beim Einkauf von sanitären Ausrüstungen, Medikamenten, Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen Angebote eingeholt werden, Herr Assessor? Gerade im Zusammenhang mit den Kroatien-Hilfslieferungen der Region wurde auch ich des

öfteren von Leuten befragt, ob hier beispielsweise beim Ankauf von Lebensmitteln Angebote eingeholt werden. Ich habe damals gesagt, daß ich es nicht weiß, aber ich würde bei Gelegenheit einmal nachfragen. Ich hatte es dann vergessen und es ergibt sich hier die Gelegenheit.

Nun wissen wir, daß beispielsweise Bestände der sanitären Ausrüstungen, auch Medikamente, gespendet werden, auch wahrscheinlich teilweise Lebensmittel, aber ein großer Teil davon dürfte auch angekauft werden. Nun meine Frage: nach welchen Kriterien wo eingekauft wird. Nach dem Kriterium des günstigsten Angebotes, weil hier auch manchmal Leute die Vermutung haben könnten oder vielleicht auch nur eine präzise Antwort erwarten, daß hier dann ein Geschäft besonders bevorzugt würde. Gerade bei den Lebensmitteln war diese Frage aufgetaucht.

**PRÄSIDENT:** Der Abg. Gasperotti hat das Wort.

**GASPEROTTI:** Grazie Presidente. Questo art. 2 è stato espresso come il massimo possibile, perché l'esecutivo operi in maniera trasparente ed efficace. Il motivo per il quale si era tentato di introdurre quell'emendamento precedente era per dare maggiore vincolo all'esecutivo rispetto alle scelte che potevano essere decise dal comitato. Certo che comunque i progetti sono presenti e conosciuti dalla Commissione e presentati dalle singole associazioni, se non in maniera diretta da parte della Giunta.

Quindi lei, collega Klotz, che sollevava la questione dove si vanno ad acquistare i prodotti ed in che maniera si sceglie il fornitore dei prodotti, le responsabilità in questo caso sono demandate dalle associazioni, le quali presentano soggetti e le stesse avranno l'onere e la responsabilità della scelta delle forniture, se non è stata raggiunta in maniera diretta a fare l'intervento.

Su questo argomento e quindi sull'art. 2, che va a modificare la legge 11, devo riconoscere una mancanza di volontà di maggior partecipazione da parte di soggetti che non sono la maggioranza e quindi evidenzio ancora in maniera più forte, se ci riesco, del fatto che la commissione, se esprime un parere vincolante, lo esprime a maggioranza e non all'unanimità, quindi avete paura della maggioranza di una commissione e poi come vedremo all'art. 4 la costruzione della stessa commissione è artificiosa, perché va ed è preminentemente costituita da soggetti che ricevono benefici.

Quindi la collusione del soggetto che decide e soggetto che riceve, è molto vicina o comunque può essere molto vicina, non dico che è stata, sto parlando di una legge in maniera molto esterna, non mi rifaccio ad esempi del passato, sto parlando di un progetto di legge che va a modificare una legge esistente.

Ecco perché non posso dire di sì a questo art. 2, per una mancanza di volontà da parte di chi vorrebbe che le popolazioni o i soggetti che ricevono questi benefici della legge 11, fossero raggiunti da scelte minoritarie, o almeno non comprese di questo consesso, che è la regione Trentino-Alto Adige. Ecco perché dico che è carente di partecipazione diretta di chi è eletto per rappresentare interessi in questa assemblea.

**PRÄSIDENT**: Der Abg. Benedikter hat nun das Wort.

**BENEDIKTER**: Ich möchte bei dieser Gelegenheit über den Artikel insgesamt den Assessor fragen, damit er in aller Form auch im Regionalrat die Frage beantwortet.

Der Regionalrat hat nämlich am 19. Januar 1995 einen Beschlußantrag von mir einstimmig genehmigt, in dem nachgewiesen wird, daß sich der gute Jelzin mit der blutigen Unterdrückung der tschetschenischen Volksbewegung nicht an seine eigene, von ihm verfaßte Verfassung gehalten hat, und in dem das italienische Außenministerium aufgefordert wird, in dieser Hinsicht gerade dem Außenminister von Rußland auch diesen Standpunkt mitzuteilen. Selbstverständlich ist hier die Frage, was das mit diesem Gesetz zu tun hat, berechtigt, aber ich möchte fragen, ob die Region bereits aufgrund des bisherigen Gesetzestextes für den Einsatz in Tschetschenien etwas getan hat. Sie hat schon etwas getan, aber ich erwarte, daß sie auch mehr tut, umso mehr als jetzt eine Befriedung eingetreten ist und die Waffen schweigen und die Russen sich zurückziehen sollen. Ich habe den Text der letzten Vereinbarung in Russisch bekommen und nachdem jetzt inzwischen eine Waffenruhe eingetreten ist und die Russen sich sogar zurückziehen, umso mehr könnte man nicht nur Geld geben, sondern die Region könnte auch, wenn sie schon einen größeren Betrag leistet, von sich aus entweder eine eigene Abordnung oder eigene Beobachter hinschicken oder durch einen eigenen Beobachter an einer Kommission der OSZE mitwirken. Also ein Vertreter der Region sollte sich persönlich überzeugen können, daß der Einsatz dieses Geldes tatsächlich richtig erfolgt, zur tatsächlichen Aufbauhilfe nach den gesamten Zerstörungen verwendet wird usw.

Daher ersuche ich den Assessor hier in aller Form zu sagen, was bisher diesbezüglich geschehen ist und auch was er annimmt, daß in Zukunft geschehen könnte bzw. ob diesbezüglich irgendwie schon erkundet worden ist, wie die Region, wenn sie mehr spendet, auch teilnehmen kann oder nicht, ob sie sich jedenfalls über den Einsatz dieser Mittel an Ort und Stelle vergewissern kann.

**PRÄSIDENT**: Meldet sich von den Abgeordneten noch jemand zu Wort? Niemand. Dann schließe ich die Debatte ab und gebe dem Präsidenten Pahl das Wort zur Replik.

**PAHL**: Zur Frage der Abg. Klotz: Die Region selbst kauft niemals ein, denn wir müßten dann drei Angebote einholen, das würde viel Zeit brauchen. Statt dessen kooperieren wir immer direkt entweder mit einer Hilfsorganisation in Südtirol oder im Trentino, die sich bereit erklärt, eine besondere Intervention, eine besondere Maßnahme durchzuführen, oder was viel häufiger ist, in diesen Fällen bekommt den Auftrag eine lokale Organisation. Im Fall von Kroatien war es immer die kroatische Nationalcaritas. Im Fall von Bosnien-Herzegowina war es häufig die bosnische Caritas oder in anderen Fällen auch die moslemische Hilfsorganisation Merchammet. Diese entscheiden dann selbst, wo sie das, was sie haben wollen, einkaufen und sie sind natürlich interessiert, billig einzukaufen. Wir erkundigen uns auch, wie sie es tun und in der Regel war die Antwort glaubwürdig so, daß man es an möglichst günstiger Stelle einkaufte. Nur in

einem einzigen Fall haben wir in Südtirol eingekauft, nicht die Region, sondern wiederum eine Vereinigung, die für uns ein Hilfsprojekt durchführte. Das waren Medikamente über Vermittlung von Dr. Saurer beim Spital in Bozen. Das war der einzige Kauf in Südtirol bzw. im Trentino direkt, aber auch nicht von uns.

Was Herrn Gasperotti betrifft: die Transparenz der Kommission. Natürlich steht man hier vor einem gewissen Problem. Wenn man keine Vertretung der Organisationen hineinnimmt, dann sind sie unzufrieden. Man kann aber nicht 50 hineinnehmen. Das wäre ein ganzes Parlament und auch dann wären noch Unterschiede, weil eine Organisation größer ist als die andere. So hat sich damals der Gesetzgeber entschieden - und das wird nicht geändert - nur zwei, drei wichtige hineinzunehmen. Selbstverständlich sind auch die an Beiträgen selbst interessiert, aber das läßt sich nicht vermeiden. Das ist allerdings der gleiche Fall beim Landesgesetz Trient und Bozen und dieses Dilemma kann man nicht ändern. Man hat hier den Mittelweg gewählt, einige besonders repräsentative, die allerdings dann ihre Interessen besser vertreten können, statt einfach alle, wo der Kreis nicht mehr überschaubar wäre. Wir rühren das nicht an - in der Praxis hat es sich trotzdem bewährt.

Dem Herrn Abg. Benedikter folgende Mitteilung: Ich erinnere mich natürlich genau an den Beschluß des Regionalrates für Tschetschenien vom 19.1.1995, den ich auch für den Ausschuß entsprechend mitunterstützt habe. Inzwischen hat die Regionalregierung über das Internationale Komitee vom Roten Kreuz in Genf 70 Millionen Lire ausgewiesen und das Geld ist auch schon eingesetzt. Ich habe auch schon einen ersten Bericht vom Internationalen Roten Kreuz in Genf bekommen. Ich habe dort seit längerem Verbindung, bin selbst hingefahren, um die Angelegenheit zu besprechen. Selbst kenne ich die Lage in Tschetschenien nicht, die Entfernung ist zu groß, ich habe keine Möglichkeit hinzufahren. Wir haben auch beim Roten Kreuz in Italien in Rom nachgefragt, ob sie in Tschetschenien etwas tun, dann sagten sie Nein, sie haben dort keine Einsätze, sonst hätten wir es dort machen lassen und dann sind wir zum Internationalen Roten Kreuz gegangen. Weitere Einsätze gerade mit Bezug auf zu erhoffenden Frieden in Tschetschenien sind selbstverständlich möglich und von uns auch gewollt, nur müssen wir dazu den nächsten Haushalt des Jahres 1997 abwarten. Aber dann können wir, nachdem wir einen erfolgreichen Bericht auch von Genf bekommen haben, einen weiteren Beitrag vorsehen und ich würde denken, daß der dann schon deutlich höher ist als die 70 Millionen, die wir jetzt gegeben haben. Nur kann ich noch keinen genauen Betrag sagen, weil hier wiederum zuerst der Vorschlag des Beirates abgewartet wird.

**PRÄSIDENT**: Danke! Wortmeldungen sind keine mehr. Somit stimmen wir über den Art. 2 ab. Wer dafür ist, möge bitte die Hand erheben. Wer stimmt dagegen? 5. Wer enthält sich der Stimme? 1.

Damit ist Art. 2 genehmigt.

**PRÄSIDENT**: Wir kommen zum Art. 3, den wir schon verlesen haben. Dazu haben wir eine Änderung und eine Änderung zur Änderung:

"Al comma 1 sono aggiunte le seguenti parole: La Regione sostiene altresì iniziative intese all'accoglienza, all'assistenza ed alla formazione culturale e professionale, sul proprio territorio, di soggetti provenienti da Paesi extracomunitari."

Das ist die Änderung der Abg. Pinter, Zendron und Gasperotti.

Dann verlese ich jetzt die Änderung zur Änderung der Abg. Alessandrini und anderen:

"...d'intesa con le province".

**DENICOLO**: Änderungsantrag eingebracht von den Abg. Pinter, Zendron und Gasperotti:

Bei Absatz 1 werden folgende Worte hinzugefügt:

"Die Region unterstützt weiters Initiativen der Gastfreundschaft, des Beistandes und der kulturellen sowie beruflichen Ausbildung im Gebiet der Region in bezug auf Personen aus Nicht-EG-Ländern".

Zu diesem Abänderungsantrag gibt es einen weiteren Abänderungsantrag gezeichnet von Alessandrini:

"Die Region unterstützt im Einvernehmen mit den Provinzen..."

**PRÄSIDENT**: Nachdem das einvernehmlich ist, ist das praktisch eine Korrektur des ursprünglichen Abänderungsantrages, sodaß ich diese Worte hier im Text dazu füge. Ist das im Sinne der Einbringer? Dann würde der Text jetzt so lauten: La Regione, d'intesa con le province, sostiene altresì iniziative intese all'accoglienza, all'assistenza ed alla formazione culturale e professionale, sul proprio territorio, di soggetti provenienti da paesi extracomunitari. - Die Region unterstützt im Einvernehmen mit den Provinzen weiters Initiativen der Gastfreundschaft, des Beistandes und der kulturellen sowie beruflichen Ausbildung im Gebiet der Region in bezug auf Personen aus Nicht-EG-Ländern.

Das kann man in der Diskussion und in der Abstimmung zusammenziehen, weil das die Einbringer so vereinbart haben.

Bitte, Abg. Benedikter.

**BENEDIKTER**: Wenn dieser Antrag angenommen würde, hätte ich dann einen weiteren Abänderungsantrag, wenn er nicht angenommen würde, hätte ich selbstverständlich keinen. Aber ich behalte es mir vor.

**PRÄSIDENT**: Wenn der Abänderungsantrag diesen Abänderungsantrag betrifft, dann müssen Sie ihn jetzt einbringen und der hätte Vorzug.

**BENEDIKTER**: Meiner Ansicht nach hat es keinen Sinn, wenn ich ihn jetzt einbringe, denn wenn dieser Antrag abgelehnt wird, dann braucht es keinen Abänderungsantrag mehr.

**PRÄSIDENT**: Aber wenn dieser Antrag angenommen wird, dann ist dieser nicht mehr veränderbar. Man kann einen hinzufügen, aber er darf nicht diesen Antrag betreffen.

Der Antrag Benedikter hat also Vorrang, weil er ein Abänderungsantrag zum Abänderungsantrag ist und zwar lautet er: Im Text kämen nach dem Wort "Initiativen" die Worte "der zeitweiligen" hinzu. Im italienischen Text heißt es dann: "La Regione, d'intesa con le province, sostiene altresì iniziative intese alla temporanea accoglienza...".

Wir reden jetzt über den ersten Abänderungsantrag des Abg. Alessandrini. Sind da Vorbehalte, Diskussionsbeiträge? Keine. Wer also mit den Worten "d'intesa con le province" einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Gegenstimmen? Keine. Enthaltungen? Keine.

Der Abänderungsantrag ist angenommen.

**PRÄSIDENT**: Wir stimmen jetzt über den zweiten Abänderungsantrag des Abg. Benedikter ab: vor dem Wort "Gastfreundschaft" die Worte "zeitweiligen" einfügen - prima delle parole "all'accoglienza" inserire le parole "alla temporanea". Wer ist mit diesen Worten einverstanden? Gegenstimmen? Niemand. Enthaltungen? 4.

Damit ist auch dieser Abänderungsantrag genehmigt.

**PRÄSIDENT**: Jetzt lautet der Text folgendermaßen, so wie er zur Abstimmung kommt: "Die Region unterstützt im Einvernehmen mit den Provinzen weiters Initiativen der zeitweiligen Gastfreundschaft, des Beistandes und der kulturellen sowie beruflichen Ausbildung im Gebiet der Region in bezug auf Personen aus Nicht-EG-Ländern." (Unterbrechung) Der Abg. Pahl hat nur aufgeworfen, inwieweit sich diese Spezifizierung "d'intesa con le province" bezieht. Damit das klar ist und damit es auch bei den Akten bleibt: Es ist sehr eindeutig, dieses Einvernehmen betrifft diesen Absatz, denn dieser betrifft die zeitweilige Gastfreundschaft, den Beistand und die kulturelle sowie berufliche Ausbildung im Gebiet der Region und das muß im Einvernehmen gemacht werden, wenn es so angenommen wird. Ich verlese den Text auch in italienisch: "La Regione, d'intesa con le province, sostiene altresì iniziative intese alla temporanea accoglienza, all'assistenza ed alla formazione culturale e professionale, sul proprio territorio, di soggetti provenienti da Paesi extracomunitari."

Jetzt stimmen wir darüber ab. Wer dafür ist, möge bitte die Hand erheben. Geheimabstimmung? Wer schließt sich dem Ansuchen an? Es sind genügend. Damit muß dem Antrag stattgegeben werden.

Ich bitte um Verteilung der Stimmzettel.

Ich bitte um den Namensaufruf.

(Segue votazione a scrutinio segreto)

**PRÄSIDENT**: Ich darf das Abstimmungsergebnis bekanntgeben:

Abstimmende: 52

Ja-Stimmen: 27  
Nein-Stimmen: 15  
weiße Stimmzettel: 8  
nichtige Stimmzettel: 2

Der Regionalrat genehmigt den Änderungsantrag.

**PRÄSIDENT**: Wir stimmen nun über den Art. 3 in dieser neuen Fassung ab. Wer meldet sich zu Wort? Niemand. Wir stimmen ab. Wer einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Wer stimmt dagegen? Wer enthält sich der Stimme?

Bei 3 Enthaltungen, 4 Gegenstimmen und dem Rest Ja-Stimmen ist der Art. 3 genehmigt.

**PRÄSIDENT**: Wir kommen zum Art. 4:

#### Art. 4

1. Il comma 1 dell'articolo 4 della legge regionale 30 maggio 1993, n. 11 è sostituito dal seguente:

“1. Per le attività e gli interventi di cui all'articolo 2, comma 3, la Giunta regionale si avvale di un comitato consultivo composto da:

- a) l'Assessore regionale al quale è affidata la materia disciplinata dalla presente legge;
- b) tre funzionari regionali;
- c) un rappresentante della Croce Rossa Italiana;
- d) un rappresentante della Croce Bianca;
- e) un rappresentante della Caritas;
- f) due consiglieri regionali, uno dei quali appartenente alla minoranza.

Le funzioni di Segretario sono svolte da un dipendente regionale assegnato al Servizio studi e relazioni linguistiche.”.

2. All'articolo 4, comma 5 della legge regionale 30 maggio 1993, n. 11, le parole “lettere d), e), f) e g)” sono sostituite dalle parole “lettere c), d), e) e F)”.

3. All'articolo 4, comma 8 le parole “comma 7” sono sostituite dalle parole “comma 6”.

4. Il comma 2 dell'articolo 4 della legge regionale 30 maggio 1993, n. 11 è soppresso.

#### Art. 4

1. Im Artikel 4 des Regionalgesetzes vom 30. Mai 1993, Nr. 11 wird der Absatz 1 durch nachstehenden ersetzt: "1. Für die im Artikel 2 Absatz 3 vorgesehenen Tätigkeiten und Maßnahmen bedient sich die Regionalregierung eines Beirates, der wie folgt zusammengesetzt ist:

- a) aus dem Regionalassessor, dem das durch dieses Gesetz geregelte Sachgebiet anvertraut ist;
- b) aus drei höheren Beamten der Region;
- c) aus einem Vertreter des italienischen Roten Kreuzes;
- d) aus einem Vertreter des Weißen Kreuzes;
- e) aus einem Vertreter der Caritas;
- f) aus zwei Regionalratsabgeordneten, von denen einer den Minderheiten angehört.

Die Obliegenheiten eines Schriftführers werden von einem Regionalbediensteten der Dienst Einheit für Studien und Sprachangelegenheiten ausgeübt.

2. Im Artikel 4 Absatz 5 des Regionalgesetzes vom 30. Mai 1993, Nr. 11 werden die Worte "Buchstaben d), e), f) und g)" durch die Worte "Buchstaben c), d), e) und f)" ersetzt.

3. Im Artikel 4 Absatz 8 werden die Worte "Absatz 7" durch die Worte "Absatz 6" ersetzt.

4. Der Absatz 2 des Artikels 4 des Regionalgesetzes vom 30. Mai 1993, Nr. 11 wird aufgehoben.

Zu diesem Artikel liegt ein Abänderungsantrag vor, eingebracht von den Kollegen Gasperotti, Pinter und Bondi:

"Punkt b) wird gestrichen; Punkt e) wird gestrichen und durch den nachstehenden Punkt ersetzt: aus einem Vertreter der Freiwilligenvereinigungen."

**PRÄSIDENT:** Ich verlese den Änderungsantrag auf italienisch: Emendamento all'art. 4: viene soppresso il punto b); viene soppresso il punto e) e sostituito dal seguente: un rappresentante delle associazioni di volontariato.

Der Abg. Gasperotti hat das Wort.

**GASPEROTTI:** Questo emendamento l'ho presentato assieme ai colleghi per mettere in evidenza quanto è poco adeguata e corrispondente a rappresentare le sigle che sono contenute nella graduatoria dei rappresentanti e quanto ci sia bisogno invece di fare un riassunto di queste esigenze e di queste esperienze che vengono promosse sul terreno della solidarietà internazionale. Non è un gioco al massacro, non deve essere inteso come una preclusione a gruppi che rappresentano interessi di un certo tipo, ma la rappresentanza unitaria di questi soggetti.

Quindi la richiesta di fare in modo che non facciano parte tre funzionari regionali va nel segno che condivido, in quanto si tratta di affidare compiti istruttori a commissioni che devono esprimere un parere, anche se l'assemblea ha appena deciso di tipo consultivo.

Il parere in questo caso è un parere che va nella politica, scegliamo di intervenire, su proposta del collega Benedikter, facendo un esempio, in Cecenia e non faremmo niente in Tanzania; lo scegliamo politicamente perché le necessità ed i bisogni di queste genti sono evidenti, sono conosciute, è una scelta politica, le proposte ed i progetti che vengono presentati sono progetti che esprimono valori altamente umanitari,

ma che questa commissione, contenuta nell'art. 4, deve essere composta secondo il progetto di questo emendamento, esclusivamente dall'assessore, come è previsto a modifica della legge 11 e non più dal Presidente o suo delegato, non più da tre funzionari, perché abbiamo fatto l'emendamento di stralciare, il compito di esprimere parere tecnico lo possiamo chiedere in qualsiasi sede e penso che la delibera avrà necessità anche del rappresentante della Croce Rossa Italiana, che è riconosciuta come rappresentanza internazionale, un rappresentante della Croce Bianca, che è una realtà specifica e consolidata, non ritengo - e qui l'emendamento può essere inteso male, poi lo chiarirò meglio - non più da un rappresentante della Caritas, ma da un rappresentante dell'associazionismo della solidarietà e siccome non c'è una Caritas regionale, facciamo in modo che ci siano conflitti con nessuno, ma ci sia un soggetto che rappresenti le singole associazioni che sono espressione di solidarietà, quindi un'espressione unitaria, che sia presente nella commissione ed i due consiglieri, come viene espresso nell'art. 4.

Se il Presidente mi permette, volevo anche proporre una presenza non solo di maggioranza e minoranza, ma anche dal punto di vista dell'appartenenza etnica. Siccome ho consultato altri colleghi di altro gruppo etnico, non si è ravvisata la necessità di questa modifica, quindi non l'ho presentata, l'ho lasciata così, perché è sufficientemente esaustiva del rispetto dell'espressione della maggioranza e delle minoranze.

Questo emendamento ha questi obiettivi, voleva essere una commissione consultiva, del tipo vincolante, rimane per legge una commissione consultiva, però formata da rappresentanti che ricoprono un ruolo preciso nella istituzione. Quindi non più tre funzionari, perché non servono a coprire nessuno ed i pareri possono essere espressi comunque su richiesta della stessa commissione e non più un rappresentante della Caritas, ma un rappresentante che rappresenti il mondo dell'associazionismo.

L'articolo apparso oggi sul giornale esprime questa esigenza, l'emendamento non vuole essere altro che una rispondenza a questa richiesta. Grazie.

### **Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter** **Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz**

**PRESIDENTE:** Siamo in discussione dell'emendamento Gasperotti. Qualcuno intende intervenire? La parola all'assessore Pahl.

**PAHL:** Ich verstehe das Motiv des Kollegen Gasperotti natürlich schon, aber wir haben mit dieser Zusammensetzung, nämlich Vertreter des Roten, Weißen Kreuzes und der Caritas vorzusehen, gute Erfahrungen gemacht. Außerdem stehen Vertreter dieser drei Organisationen mit niemand anderem ihresgleichen in Konkurrenz. Das Rote Kreuz von Trient und Bozen vereinbaren untereinander, wem sie etwas schicken, die Caritas von Bozen und Trient auch. Derzeit ist es ein Italiener. Das Weiße Kreuz hingegen ist völlig unabhängig vom Roten Kreuz vertreten und darum entscheidet es allein. Aber es gibt keine weiteren Organisationen im gleichen Feld. Darum kann ein zweites Weißes Kreuz nicht behaupten, der Vertreter des anderen Weißen Kreuzes passe ihm nicht.

Außerdem, zwei Drittel der Beiträge sind direkt für akute Notlagen bestimmt. Aus diesem Grunde hat damals der Gesetzgeber auch nur die Vertreter dieser großen, speziell humanitär ausgerichteten Organisationen hineingenommen, also Caritas, Rotes und Weißes Kreuz. Wir möchten das nicht ändern, weil wir sehr gut damit zurechtgekommen sind. Wenn wir hingegen auch Vertreter von anderen Organisationen hineinnehmen, dann stellt sich die Frage: wen? Das Landesgesetz hat nur zwei Vertreter von diesen freiwilligen Vereinigungen im Gesetz vorgesehen. Es gibt aber viele Dutzende und schon hier ist ein Streit entstanden, wer repräsentieren soll, weil sie natürlich direkt interessiert sind. Befriedigend läßt sich hier eine Vertretung überhaupt nicht herstellen. Am leichtesten ist es eben, wenn nur das Weiße, Rote Kreuz und die Caritas vorgesehen sind und die anderen nicht direkt vertreten werden, eben auch, weil die normalen Entwicklungsprojekte ja nicht das Hauptziel des Gesetzes sind. Das Hauptziel des Gesetzes sind akute Notlagen, selbstverständlich auch Aufbaumaßnahmen, aber aufgrund von Kriegen, Katastrophen oder anderem besondere Notlagen. So ist dieses Gesetz hauptsächlich anders orientiert als das Gesetz der beiden Provinzen und mit den Provinzen ist abgesprochen, daß wir diese Besetzung beibehalten, während sie ihre eigene beibehalten.

So sehe ich keinen Grund, diese Zusammensetzung zu ändern. Es ist doch bis jetzt in dieser Richtung von den betreffenden Organisationen keine Kritik gekommen. Wohl aber werden sie laufend konsultiert, jede einzelne für sich, wenn sie es haben will bzw. sie laden uns immer auch zu ihren Versammlungen ein oder alle eineinhalb Jahre findet ein eigener Kongreß für sämtliche Organisationen statt. Dann ist nicht der Streit, wer wen repräsentieren soll.

**PRESIDENTE:** Ha chiesto di intervenire la cons. Kury, ne ha la facultà.

**KURY:** Herzlichen Dank, Herr Präsident! Ich habe jetzt genau auf die Antwort des Herrn Vizepräsidenten aufgepaßt und es leuchtet mir teilweise schon ein, was er gesagt hat. Aber auf den Vorschlag des Kollegen Gasperotti, diese drei höheren Beamten der Region auch zu streichen, habe ich jetzt keine Antwort gehört. Heißt das also, daß Vizepräsident Pahl damit einverstanden ist, daß diese drei Beamten gestrichen werden? Denn ich habe in seiner Replik eigentlich nicht gehört, welche Funktion diese Beamten haben. Da würde ich mir einfach wünschen, daß anstelle von Beamten tatsächlich Menschen in diesem Beirat sitzen, die tagtäglich auf diesem Gebiet arbeiten und nicht eben Beamtenaufgaben erfüllen.

Darauf würde ich noch gerne eine Antwort haben.

**PRESIDENTE:** Ha chiesto di intervenire nuovamente l'assessore Pahl, ne ha la facultà.

**PAHL:** Beamte waren auch bisher dabei. Ein Beamter muß Sekretär sein, er tut nichts anderes als zu protokollieren. Dann sind noch zwei weitere Beamte vorgesehen, und zwar werden in der Praxis jene genommen, die die Verwaltungsarbeit machen müssen und sie sollen Gelegenheit haben, die gesamte Diskussion des Beirates anzuhören. (Sie

selbst mischen sich ja nicht ein, das ist bei Beamten nicht üblich). Sie nehmen das zur Kenntnis, stellen Nachfragen an, damit sie dann in der Lage sind, möglichst genau auch den Willen der Beschlüsse des Beirates durchzuführen. Das ist eine größere Motivation für die Beamten und aus diesem Grund schlage ich die Erhöhung um einen Beamten vor. Das ist der einzige Grund, damit nicht nur einer Bescheid weiß, denn sonst habe ich die Erfahrung gemacht, daß ich dann wiederum den Beamten erneut lang erklären muß, was sie zu tun haben und wie es gemeint ist. Wenn sie selber dabei sind und auch die Anliegen der Vertreter der Organisationen hören, dann sind sie motivierter. Das ist der einzige Grund - sonst Einmischungen erfolgen nicht. Stimmberechtigt sind sie schon, aber das hat de facto keine Bedeutung, weil die Beschlüsse in diesem Bereich nur einstimmig fallen. Hier leistet man sich nicht Beschlüsse, wo einer strikt dagegen ist. Politische Diskussionen finden hier nicht statt.

**PRESIDENTE:** La parola al cons. Gasperotti per la replica.

**GASPEROTTI:** Mi è difficoltoso comprendere il percorso politico gestionale di questa legge, Presidente Pahl, perché non ho ancora capito se lei vuole fare l'assessore in questo caso, il soggetto che rappresenta la Giunta ha bisogno di tre voti di tecnici, di cui uno prende nota. E' un'offesa, se mi permette, al fatto che si chiami commissione consultiva, se vuole una segretaria se la può nominare, nessuno dice di no, l'importante è che questa non intervenga nella discussione, modificando o esprimendo giudizi politici per quanto riguarda l'oggetto della discussione.

Qui si sta parlando dell'art. 4, dove si dice: "c'è una commissione consultiva", ritengo sia profondamente sbagliato introdurre elementi di delega a soggetti che non sono eletti per scegliere e per fare le scelte politiche anche per quanto riguarda questo settore degli interventi umanitari. In questo caso i tre funzionari non sono solo fuori luogo, ma profondamente offensivi della presenza di politici, che sono stati eletti dal popolo, perché la segretaria che prende nota ed ha il diritto di voto, se si esprimerà un voto, perché questa commissione potrà scegliere anche di esprimere un voto, se non l'ha mai fatto è perché non ha mai avuto la necessità, ma se ci fosse la necessità esprimerà anche un voto, e gli altri due funzionari che è giusto siano presenti, se l'assessore lo ritiene opportuno, essendo questi di aiuto, di collaborazione per la gestione, per il progetto e le scelte che verranno fatte, sempre su indicazione dell'assessorato.

Questa è la questione legata ai tre funzionari.

Il legislatore, nel momento in cui ha espresso la legge 11, ha preferito la scelta dei tre funzionari, è sbagliato prevedere la presenza di tre funzionari in commissioni dove sono rappresentate espressioni che rappresentano associazioni o quant'altro che lavora sul territorio, per promulgare un discorso di pace e di collaborazione e di solidarietà e figure politiche, essendovi due consiglieri, uno di maggioranza e uno di minoranza. Estrapolare da questo soggetto i tre funzionari mi sembra il minimo che si possa accedere.

Le chiedo Presidente che la votazione possa essere espressa separatamente sui due punti: uno che riguarda i tre funzionari, che è il punto b) ed il punto e).

**PRESIDENTE:** E' stata fatta la richiesta di votare l'emendamento per commi. Pongo in votazione il punto b) dell'emendamento. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Contrari? Astenuti? Con 12 voti favorevoli, 22 voti contrari e 4 voti di astensione l'emendamento non è approvato.

Votiamo la seconda parte dell'emendamento, la lettera e).

**GASPEROTTI:** Presidente, non sono della maggioranza e si capisce molto bene, però le chiedo pari dignità e la pari dignità è contenuta in questa espressione, sono tre righe di emendamento, se mi fa la cortesia, non solo personale, ma istituzionale, di leggerlo, come avrebbe dovuto fare prima, perché l'emendamento al punto e) contiene delle virgolette e quindi nessuno sa se abbiamo votato per i tre rappresentanti, e che cosa propongo nella lettera e), perché non dico "soppressione, ma "soppressione con sostituzione". Grazie Presidente.

**PRESIDENTE:** Faccio mia la sua raccomandazione, è stato letto l'emendamento in lingua italiana e tedesca, poi ho spiegato che la votazione avveniva nel rispetto della sua richiesta. Poiché il Consiglio sia ulteriormente informato, rendo noto che la prima parte dell'emendamento è stata votata prima ed hanno votato a favore 12 consiglieri, 22 contrari e 4 astenuti; dò ora lettura della seconda parte: viene soppresso il punto e) e sostituito dal seguente: "un rappresentante delle associazioni di volontariato".

Siamo in votazione di questo emendamento. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Contrari? Astenuti? Con 5 voti favorevoli, 7 voti di astensione e tutti gli altri contrari, la seconda parte dell'emendamento è respinta.

C'è un altro emendamento, a firma dei cons. Willeit ed altri, che recita: è aggiunto il seguente punto 5. All'art. 4, comma 4 della legge regionale 30 maggio 1993, n. 11 sono aggiunte le parole: "fatta salva la rappresentanza del gruppo linguistico ladino".

La parola al cons. Willeit per l'illustrazione.

**WILLEIT:** Grazie signor Presidente. Egregi consiglieri, non credo che l'emendamento proposto abbia bisogno di grandi spiegazioni, tuttavia ritengo utile ripetere cose che avete indubbiamente già sentito; trattasi qua di un comitato consultivo della Giunta regionale, composto di nove membri, il quale deve adeguarsi alla consistenza dei gruppi linguistici, in base a questo comma, il quale è soggetto alla proporzionale, or dunque su nove membri la proporzionale esclude chiarissimamente il terzo gruppo linguistico della regione, esclude una minoranza in una legge sulle minoranze. Risponde ad un criterio di parità giuridica, di partecipazione politica ad un criterio di giustizia oggettiva, assicurare la presenza anche del terzo gruppo linguistico, attraverso questa norma, che non ci siano persone disponibili non è accettabile, in quanto se si guarda la qualifica richiesta direi che ci sono almeno 15 mila ladini che possono far parte di questa commissione.

**PRESIDENTE**: Qualcun altro intende intervenire sull'emendamento a firma del cons. Willeit? Nessuno. Lo pongo in votazione. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Contrari? Astenuti? Con 4 voti contrari, 13 voti di astensione e tutti gli altri favorevoli, l'emendamento è approvato.

Il collega Taverna mi ha chiesto la verifica del voto.

Lei se ne assume la responsabilità, perché rimette in discussione una votazione, potrebbe essere anche modificato l'esito, va bene, sono sempre disponibile.

**TAVERNA**: Signor Presidente, non ho colto con chiarezza l'esito del voto nella sua espressione numerica, per cui le chiedo cortesemente di voler ripetere la votazione, al fine di constatare, per quanto mi riguarda, se questo emendamento ha una sua maggioranza. Non ho colto nell'occasione del voto la constatazione della maggioranza.

**PRESIDENTE**: Facciamo una verifica del voto. Siamo in votazione dell'emendamento Willeit. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Contrari? Astenuti? Con 16 voti favorevoli, 4 voti contrari e 17 voti di astensione, il Consiglio approva.

Sull'art. 4, così emendato, ha chiesto di intervenire il cons. Gasperotti, ne ha la facoltà.

**GASPEROTTI**: So che non sarò molto ascoltato, perché devo purtroppo dire, come giustamente è stato espresso dall'emendamento Willeit, che dovrà essere tenuto conto anche della presenza del gruppo linguistico ladino, forse nei tecnici provinciali sarà possibile, perché questa garanzia non è paritaria per nessuno, ci sono due consiglieri, uno di maggioranza e uno di minoranza, non è espresso né di gruppo etnico italiano, né tedesco, né ladino; nei tre funzionari, senza dire quanto serviranno questi tre, ci sarà anche la presenza della rappresentanza del gruppo linguistico ladino, per dire quanto è inefficace, dal punto di vista legislativo, questa commissione, che sembra sempre di più una commissione dell'assessorato, cioè nominata dall'assessore, perché è telecomandata nella sue azioni, nei suoi controlli e nelle sue funzioni esclusivamente dal potere esecutivo.

Voi volete che questa assemblea, come l'assemblea dei comuni, dove non c'è un rispetto ed un controllo delle minoranze, accede alla trasparenza e al controllo attraverso la magistratura; questo voi volete, avendo noi chiesto la partecipazione politica, responsabilmente politica, dove si sceglie e si decide anche sulla propria pelle...

**PRESIDENTE**: Chiedo all'aula di fare silenzio!

**GASPEROTTI**: ...sul computer è opportuno sia inserito anche il mio nome e la mia sigla, sempre per dire che quest'aula non è solo costruita in modo poco agevole, ma è costruita anche con dei soggetti che ne sabotano le operazioni e dico sabotano, perché non è solo sufficiente dire che è costruita male, dovrò acquistare per tutti nuovi altoparlanti per sostituirli con quelli guasti posti su questo banco, ho già fatto un

preventivo, delle scatolette che si costruiscono con la Scuola Radioelettra, questa scuola costruiva delle piccole cassettoni che amplificavano il suono proveniente dal punto dove c'è la corrente e aumentando di volume uno che stava vicino ascoltava meglio. Fate questa operazione voi, altrimenti farò anch'io una piccola sottoscrizione, senza offendere nessuno, per fare in modo che i colleghi siano nelle condizioni di conoscere il pensiero e le idee degli altri.

Finisco questa parentesi per dire che c'è una profonda deviazione del modo di agire democratico all'interno di quest'aula e l'agire democratico non vuol dire dare ragione all'opposizione, ma riconoscere quando non nuoce l'effetto propositivo di questa opposizione e l'effetto propositivo riguarda la richiesta di cancellare i tre funzionari e che in maniera poco opportuna la maggioranza ha voluto riconfermare, dando un esempio di poca serietà politica; in questa commissione ha fatto in modo...

Presidente, le manderò un messaggio cabrato, so che l'ora non è la migliore, forse non siamo abituati a discutere problemi, perché questo non avviene da molto, si parla invece di tante cose che sono pregiudiziali, soprattutto nel pensiero e nel modo di agire, invece che nelle cose che stanno dentro.

Questo articolo dice profondamente come altri articoli apparsi sul giornale ieri e oggi, non li ho prodotti io, non ho parlato con nessuno, ho solo letto, c'è un disagio profondo nel mondo della solidarietà internazionale nei confronti della regione, che è un soggetto che produce e può produrre energie e va rivolto al positivo anche nel mondo del disagio internazionale.

C'è un profondo disagio, lo dice la Caritas, che non è un canale preferenziale del mio partito, ma riconosco a questa Caritas, come riconosco alla stessa Casa della Pace, delle azioni che promuovono solidarietà e comprensione internazionale, voi negate tutto questo, tanto i giornali domani ne faranno una beffa, non pubblicando nulla, perché della regione ormai non se ne occupa quasi più nessuno.

Questo articolo, come è risultato attraverso le proposte che sono emerse da questa assemblea, non fa altro che dar ragione al gestore, visto come il soggetto che usava il governo per propri obiettivi. Berlusconi era un esempio tipico, lasciateci lavorare, non disturbate il manovratore. Questa è una legge che è stata promulgata e modificata e sarà promulgata e modificata da questa assemblea, con questa mancanza di opportunità di modifica, che era rilevata non dai soggetti solo politici, come il mio ed altri, ma anche dai soggetti che rappresentano gli interessi della solidarietà internazionale.

La negazione delle proposte introdotte nell'art. 4 non fanno altro che negare quanto è emerso, come hanno ben evidenziato le associazioni della solidarietà internazionale sui giornali di ieri e di oggi.

Il mio è un voto contrario al come si intende gestire questa attività, che dovrebbe essere un fiore all'occhiello delle istituzioni, invece ne sarà solo un oggetto che non fa altro che riproporre il potere e la forza del potere all'interno del mondo economico, purtroppo anche quello marcio come è la nostra società.

**PRESIDENTE**: Ha chiesto di intervenire il cons. Benedikter, il tabellone è un po' impazzito, lei interviene dopo? Qualcuno intende intervenire? Il tabellone è un po' impazzito stasera. L'unico iscritto a parlare è il collega Benedikter. Lei non intende intervenire, ha chiesto la votazione per scheda segreta.

Qualcuno intende intervenire? La parola al cons. Divina.

**DIVINA**: Presidente, devo dire che ogni consigliere si deve trovare in estremo imbarazzo a dare il via a questo art. 4, perché se proviamo a leggere fra le righe, oltre che quanto è stato illustrato e definito in premessa, si vuole passare per un comitato consultivo praticamente il progetto, gli stanziamenti, le iniziative da finanziare, però bisogna avere il coraggio di dire: o questi comitati sono strutturati in modo da dare un apporto serio e se vogliamo anche un indirizzo politico e controllo poi di gestione e allora si devono scegliere conseguentemente, viceversa, se i comitati servono solo per fare da schermo, da paravento per dire che l'assessorato competente si è consultato con un organo squisitamente tecnico prima di provvedere, siamo nel regno della farsa.

Facciamo due conti semplici, una somma algebrica per verificare che il Presidente giunge in questo comitato, del quale lo presiede con tre membri, scelti a discrezione, con i famosi tre funzionari che abbiamo tentato di far cancellare da questa norma, al quale si aggiunge un altro membro delegato dal consiglio, appartenente alla maggioranza, il quale Presidente esso stesso, più tre persone, viene contrapposto ad eventuali ipotesi di contrapposizione interna da tre rappresentanti di associazioni, che andare a stabilire per legge che deve essere la Croce rossa, la Croce Bianca, la Caritas, con il milione che abbiamo di associazioni umanistiche, sembra un po' sceglierci la controparte. Più elegante sarebbe stata una rappresentanza del mondo del volontariato sociale, che opera nel campo umanistico, cooperativo, internazionalistico ecc., senza andare ad individuare nome e cognome delle persone con le quali si vuole avere a che fare, ma vediamo che in ogni caso sono tre, più un rappresentante di minoranza, contrapposti ai cinque membri dell'assessore, egli stesso compreso.

A questo punto perché scomodiamo molta gente, perché mettiamo in piedi organismi che devono funzionare con una propria segreteria, avranno dei costi, avranno delle indennità, avranno dei gettoni di presenza, a cosa servono quando diamo praticamente all'assessore la totale discrezionalità di spesa.

Parlo a nome della Lega, guardate che non ci scandalizziamo se l'assessore affermasse: una volta che mi avete dato la delega stabilirò come fare questo tipo di investimenti, noi preferiremmo, perché poi diremmo: bravo assessore se hai investito bene, se hai aiutato iniziative meritevoli, caso contrario scaglieremo al suo indirizzo frecce e bordate qualora avesse operato male nel campo del proprio interesse e non dell'interesse generale; noi comunque desideriamo vedere il bersaglio, la responsabilità, questi comitati non servono a niente, senonchè a fare da paravento a discrezionalità.

A questo punto chiediamo che questa discrezionalità vada al Consiglio ed evitiamo queste farse, pertanto esprimo la totale contrarietà sul comitato, che costerebbe, senza a nulla servire.

**PRESIDENTE:** Ha chiesto di intervenire la cons. Kury, ne ha la facoltà.

**KURY:** Es ist vieles von meinen Vorrednern gesagt worden, deswegen Fasse ich mich ganz kurz. Mein Wunsch wäre es nur, den Regionalrat wirklich zu ersuchen, bei der Geheimabstimmung, die jetzt folgen wird, doch eine gewisse Aufmerksamkeit walten zu lassen. Es geht hier wirklich um etwas Wichtiges. Wir haben heute im Laufe des Nachmittags immer wieder gehört, daß dieser Beirat seine Gutachten einstimmig fällt. Es ist kein Wunder, daß Gutachten einstimmig ausfallen, wenn die Verwaltung bzw. das Assessorat hier massiv vertreten ist. Ich kann nur meiner Bestürzung über die Antwort des Herrn Pahl noch einmal Ausdruck verleihen, denn er sagt, daß in diesem Gremium keine politischen Diskussionen stattfinden und deshalb auch die Beamten stimmberechtigt sind. Ich frage mich dann, wo die politischen Diskussionen darüber stattfinden, wie diese doch recht ansehnliche Summe an Geldern dann verteilt wird, wo findet sie statt? Anscheinend findet diese Diskussion dann nirgends statt und der Assessor Pahl ist hier wohl in seinem Gutdünken sehr unbeschränkt. Da wir nicht unbedingt volles Vertrauen haben, würden wir sehr großen Wert darauf legen, daß zumindest dieser Beirat gemeinsam mit dem zuständigen Assessor über die Notwendigkeit diskutiert, wo diese Beiträge eingesetzt werden sollen.

Ich schließe mit dem Wunsch und die Aufforderung an die Versammlung, dieser Abstimmung doch ein bißchen Aufmerksamkeit zu schenken, ab.

**PRESIDENTE:** E' stata chiesta dal cons. Benedikter la votazione per scrutinio segreto. Prego distribuire le schede.

*(Segue votazione a scrutinio segreto)*

**PRESIDENTE:** Comunico l'esito della votazione:

Votanti	47
schede favorevoli	23
schede contrarie	18
schede bianche	6

Il Consiglio approva.

Siete d'accordo di sacrificare ancora 20 minuti di tempo, per concludere questo punto all'ordine del giorno? Mi sembra che l'aula non sia d'accordo e ne prendo atto.

Chiudiamo i lavori. La seduta è tolta.

(ore 17.59)

## INDICE

### **Disegno di legge n. 64:**

Modificazioni alla legge regionale 30 maggio 1993, n. 11 "interventi a favore di popolazioni di stati extracomunitari colpiti da eventi bellici, calamitosi o in condizioni di particolari difficoltà economiche e sociali" (presentato dalla Giunta regionale)

pag. 16

## INHALTSANGABE

### **Gesetzentwurf Nr. 64:**

Änderungen zum Regionalgesetz vom 30.5.1993, Nr. 11 betreffend "Initiativen zur Unterstützung von Völkern der Nicht-EG-Länder, die von Kriegen oder Katastrophen betroffen sind oder die sich in besonders schwierigen Verhältnissen befinden (eingebracht vom Regionalausschuß)

Seite 16

**INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI  
VERZEICHNIS DER REDNER**

<b>KLOTZ Eva</b> (Gruppo Union für Südtirol)	pag.	3-12-20-31-35
<b>PALERMO Carlo</b> (Gruppo Misto)	"	4-10
<b>DIVINA Sergio</b> (Gruppo Lega Nord Regione Trentino-A.A. per l'indipendenza della Padania)	"	5-48
<b>ATZ Roland</b> (Gruppo Südtiroler Volkspartei)	"	6-10-13-17
<b>ZENDRON Alessandra</b> (Gruppo Lista Verde-Grüne Fraktion-Grupa Vërc)	"	7-14-19-30
<b>BENEDIKTER Alfons</b> (Gruppo Union für Südtirol)	"	9-11-30-36-38-39
<b>LEITNER Pius</b> (Gruppo Die Freiheitlichen)	"	13
<b>HOLZMANN Giorgio</b> (Gruppo Alleanza Nazionale)	"	14-18
<b>PAHL Franz</b> (Gruppo Südtiroler Volkspartei)	"	16-21-32-34-36-42-43
<b>GASPEROTTI Guido</b> (Gruppo Solidarietà - Rifondazione)	"	19-32-33-35-41-44-45-46
<b>PINTER Roberto</b> (Gruppo Solidarietà - Rifondazione)	"	25-31
<b>KURY Cristina Anna</b> (Gruppo Lista Verde-Grüne Fraktion-Grupa Vërc)	"	32-33-43-48
<b>WILLEIT Carlo</b> (Gruppo Ladins - Autonomia Trentino)	"	45
<b>TAVERNA Claudio</b> (Gruppo Alleanza Nazionale)	"	46